

21. 09. 95

A

Verordnung**der Bundesregierung****Verordnung über die Gewährung von Vorrechten
und Immunitäten an den Internationalen Getreiderat****A. Zielsetzung**

Die Internationale Getreide-Übereinkunft von 1995 – bestehend aus dem Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1995 –, die am 30. Juni 1995 von der Europäischen Gemeinschaft insgesamt und von der Bundesregierung hinsichtlich des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1995 unterzeichnet und für vorläufig anwendbar erklärt wurde, bedarf nur hinsichtlich des Artikels 20 (Vorrechte und Immunitäten) des Getreidehandels-Übereinkommens der Umsetzung.

Dabei ist ein Umsetzungsakt in innerstaatliches Recht der Bundesrepublik Deutschland erforderlich, da hier ein Regelungsgegenstand betroffen ist, der nicht in die Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft, sondern in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fällt.

Nach Artikel 20 des Getreidehandels-Übereinkommens sind die Vertragsstaaten verpflichtet, dem Internationalen Getreiderat Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Eine Verpflichtung zur Gewährung anderer Vorrechte und Immunitäten an den Internationalen Getreiderat sieht die Übereinkunft nicht vor.

Ziel des Getreidehandels-Übereinkommens ist im wesentlichen die Verbesserung der Markttransparenz. Die soll durch die Erarbeitung von Daten über Ein- und Ausfuhr, internationale Marktpreise und Frachtraten und die regelmäßige Überprüfung der Lage auf den Weltgetreidemarkt erreicht werden. Das Übereinkommen enthält keine Markteingriffsbestimmungen.

Das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen sieht eine Verpflichtung zur jährlichen Lieferung von insgesamt mindestens 5,350 Mio. t Getreide vor.

Der Sitz des Internationalen Getreiderates ist London.

B. Lösung

Erlaß einer Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates aufgrund der Ermächtigung in Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisation der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen, der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefaßt wurde.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Es entstehen keine Kosten.

21. 09. 95

A

**Verordnung
der Bundesregierung**

**Verordnung über die Gewährung von Vorrechten
und Immunitäten an den Internationalen Getreiderat**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (322) – 683 04 – Ge 57/95

Bonn, den 21. September 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an den
Internationalen Getreiderat

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2
des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten.

Dr. Helmut Kohl

603/95

**Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten
an den Internationalen Getreiderat**

Vom

1995

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefaßt wurde, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Bestimmungen des Artikels II des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 (BGBl. 1954 II S. 639) finden sinngemäß auf den Internationalen Getreiderat nach Maßgabe des Artikels 20 Abs. 1 des Getreidehandels-Übereinkommens von 1995 Anwendung. Die Internationale Getreide-Übereinkunft von 1995, bestehend aus dem Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1995, wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 für die Europäische Gemeinschaft außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 1995

Der Bundeskanzler

Der Bundesminister für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Bundesminister des Auswärtigen

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Internationale Getreide-Übereinkunft von 1995 International Grains Agreement, 1995

(Übersetzung)

Preamble**The Signatories to this Agreement**

Considering that the International Wheat Agreement, 1949 was revised, renewed, updated or extended on successive occasions leading to the conclusion of the International Wheat Agreement, 1986,

Considering that the provisions of the International Wheat Agreement, 1986, consisting of the Wheat Trade Convention, 1986, on the one hand, and the Food Aid Convention, 1986, on the other, as extended, will expire on 30th June 1995, and that it is desirable to conclude an agreement for a new period,

Have agreed that the International Wheat Agreement, 1986 shall be updated and renamed the International Grains Agreement, 1995, which shall consist of two separate legal instruments

- (a) the Grains Trade Convention, 1995 and
- (b) the Food Aid Convention, 1995,

and that each of these two Conventions, or either of them as appropriate, shall be submitted for signature and ratification, acceptance or approval, in conformity with their respective constitutional or institutional procedures, by the Governments concerned.

Präambel**Die Unterzeichner dieser Übereinkunft –**

in der Erwägung, daß das Internationale Weizen-Übereinkommen von 1949 mehrmals revidiert, auf den neuesten Stand gebracht, erneuert oder verlängert wurde und zum Abschluß der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1986 führte,

in der Erwägung, daß die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1986, bestehend aus dem Weizenhandels-Übereinkommen von 1986 einerseits und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1986 andererseits in der geänderten Fassung, am 30. Juni 1995 außer Kraft treten wird und daß es wünschenswert ist, eine Übereinkunft für einen neuen Zeitabschnitt zu schließen –

sind übereingekommen, daß die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1986 auf den neuesten Stand gebracht und in Internationale Getreide-Übereinkunft von 1995 umbenannt wird, bestehend aus zwei getrennten rechtsförmlichen Urkunden, nämlich

- a) dem Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 und
- b) dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1995,

und daß jedes dieser beiden Übereinkommen oder gegebenenfalls eines von ihnen den beteiligten Regierungen zur Unterzeichnung und Ratifikation, Annahme oder Genehmigung nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen oder institutionellen Verfahren vorgelegt wird.

Getreidehandels-Übereinkommen von 1995**Grains Trade Convention, 1995****Part I – General****Article 1****Objectives**

The objectives of this Convention are:

- (a) to further international co-operation in all aspects of trade in grains, especially insofar as these affect the food grain situation;
- (b) to promote the expansion of international trade in grains, and to secure the freest possible flow of this trade, including the elimination of trade barriers and unfair and discriminatory practices, in the interest of all members, in particular developing members;
- (c) to contribute to the fullest extent possible to the stability of international grain markets in the interests of all members, to enhance world food security, and to contribute to the development of countries whose economies are heavily dependent on commercial sales of grain; and

Teil I – Allgemeine Bestimmungen**Artikel 1****Zweck**

Zweck dieses Übereinkommens ist es,

- a) die internationale Zusammenarbeit in allen Aspekten des Handels mit Getreide zu fördern, insbesondere soweit diese die Lage des Nahrungsgetreides berühren;
- b) im Interesse aller Mitglieder, insbesondere der in der Entwicklung befindlichen Mitglieder, die Ausweitung des internationalen Getreidehandels zu fördern und hierbei einen möglichst freien Handelsverkehr zu sichern, einschließlich der Beseitigung von Handelshemmnissen sowie unlauteren und diskriminierenden Praktiken;
- c) im Interesse aller Mitglieder möglichst weitgehend zur Stabilität der internationalen Getreidemärkte beizutragen, die Sicherheit der Versorgung der Welt mit Nahrungsmitteln zu erhöhen und zur Entwicklung der Länder beizutragen, deren Wirtschaft in hohem Maß von kommerziellen Getreideverkäufen abhängt, und

- (d) to provide a forum for exchange of information and discussion of members' concerns regarding trade in grains.

- d) ein Forum für den Informationsaustausch und die Beratung über Sorgen der Mitglieder bezüglich des Getreidehandels zu schaffen.

Article 2

Definitions

For the purposes of this Convention:

- (1) (a) "Council" means the International Grains Council established by the International Wheat Agreement, 1949 and continued in being by Article 9
- (b) (i) "member" means a party to this Convention;
- (ii) "exporting member" means a member so designated under Article 12;
- (iii) "importing member" means a member so designated under Article 12;
- (c) "Executive Committee" means the Committee established under Article 15;
- (d) "Market Conditions Committee" means the Committee established under Article 16;
- (e) "grain" or "grains" means barley, maize, millet, oats, rye, sorghum, triticale and wheat, and their products, and such other grains and products as the Council may decide;
- (f) (i) "purchase" means a purchase of grain for import, or the quantity of grain so purchased, as the context requires;
- (ii) "sale" means a sale of grain for export, or the quantity of such grain so sold, as the context requires;
- (iii) where reference is made in this Convention to a purchase or sale, it shall be understood to refer not only to purchases or sales concluded between the Governments concerned, but also to purchases or sales concluded between private traders, and to purchases or sales concluded between a private trader and the Government concerned;
- (g) "special vote" means a vote requiring at least two thirds of the votes (as calculated under Article 12) cast by the exporting members present and voting, and at least two thirds of the votes (as calculated under Article 12) cast by the importing members present and voting, counted separately;
- (h) "crop year" or "fiscal year" means the period from 1 July to the following 30 June;
- (i) "working day" means a working day at the headquarters of the Council.
- (2) Any reference in this Convention to a "Government" or "Governments" or "member" shall be construed as including a reference to the European Community (hereinafter referred to as the EC). Accordingly, any reference in this Convention to "signature" or to the "deposit of instruments of ratification, acceptance, or approval" or "an instrument of accession" or "a declaration of provisional application" by a Government shall, in the case of the EC, be construed as including signature or declaration of provisional application on behalf of the EC by its competent authority and the deposit of the instrument required by the institutional procedures of the EC to be deposited for the conclusion of an international agreement.
- (3) Any reference in this Convention to a "Government", or "Governments", or "member", shall be understood, where appropriate, to include a reference to any separate customs territory within the meaning of the General Agreement on Tariffs and

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. a) bedeutet „Rat“ den aufgrund des Internationalen Weizen-Übereinkommens von 1949 eingesetzten und nach Artikel 9 bestehenden bleibenden Internationalen Getreiderat;
- b) i) bedeutet „Mitglied“ eine Vertragspartei des Übereinkommens;
- ii) bedeutet „Ausfuhrmitglied“ ein in Artikel 12 als solches bezeichnetes Mitglied;
- iii) bedeutet „Einfuhrmitglied“ ein in Artikel 12 als solches bezeichnetes Mitglied;
- c) bedeutet „Exekutivausschuß“ den nach Artikel 15 eingesetzten Ausschuß;
- d) bedeutet „Ausschuß für die Marktlage“ den nach Artikel 16 eingesetzten Ausschuß;
- e) bedeutet „Getreide“ Gerste, Mais, Hirse, Hafer, Roggen, Sorghum, Triticale und Weizen und deren Erzeugnisse sowie alles sonstige Getreide und alle sonstigen Erzeugnisse, die der Rat bestimmt;
- f) i) bedeutet „Kauf“ je nach Sachlage einen Kauf von Getreide für Einfuhrzwecke oder die Menge des so gekauften Getreides;
- ii) bedeutet „Verkauf“ je nach Sachlage einen Verkauf von Getreide für Ausfuhrzwecke oder die Menge des so verkauften Getreides;
- iii) bedeutet in dem Übereinkommen „Kauf“ oder „Verkauf“ nicht nur Käufe oder Verkäufe zwischen den betreffenden Regierungen, sondern auch zwischen Privathändlern und zwischen einem Privathändler und der betreffenden Regierung;
- g) bedeutet „besondere Abstimmung“ eine Abstimmung, die mindestens zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Ausfuhrmitgliedern abgegebenen Stimmen (nach Artikel 12 berechnet) und mindestens zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen (nach Artikel 12 berechnet) erfordert;
- h) bedeutet „Erntejahr“ oder „Rechnungsjahr“ die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni;
- i) bedeutet „Arbeitstag“ einen Arbeitstag am Sitz des Rates;
2. gilt jede Bezugnahme in dem Übereinkommen auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ oder auf ein „Mitglied“ auch als Bezugnahme auf die Europäische Gemeinschaft (im folgenden als EG bezeichnet). Entsprechend gilt jede Bezugnahme in dem Übereinkommen auf die „Unterzeichnung“, die „Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden“, eine „Beitrittsurkunde“ oder eine „Erklärung über die vorläufige Anwendung“ durch eine Regierung im Fall der EG auch als Bezugnahme auf die Unterzeichnung oder die Erklärung über die vorläufige Anwendung im Namen der EG durch deren zuständige Behörde sowie die Hinterlegung der nach den institutionellen Verfahren der EG für den Abschluß einer internationalen Übereinkunft zu hinterlegenden Urkunde;
3. gilt jede Bezugnahme in dem Übereinkommen auf eine „Regierung“, auf „Regierungen“ oder auf ein „Mitglied“ gegebenenfalls auch als Bezugnahme auf jedes getrennte Zollgebiet im Sinne des Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommens

Trade or of the Agreement Establishing The World Trade Organization.

oder des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation.

Article 3

Information, reports and studies

(1) To facilitate the achievement of the objectives in Article 1, make possible a fuller exchange of views at Council sessions, and provide information on a continuing basis to serve the general interest of members, arrangements shall be made for regular reports and exchange of information, and also special studies, as appropriate, covering grains, focusing primarily upon the following:

- (a) supply, demand and market conditions;
- (b) developments in national policies and their effects on the international market;
- (c) developments concerning the improvement and expansion of trade, utilization, storage and transportation, especially in developing countries.

(2) To improve the collection and presentation of information for those reports and studies referred to in paragraph (1) of this Article, to make it possible for more members to participate directly in the work of the Council, and to supplement the guidance already given by the Council in the course of its sessions, there shall be established a Market Conditions Committee, whose meetings shall be open to all members of the Council. The Committee shall have the functions specified in Article 16.

Article 4

Consultations on market developments

(1) If the Market Conditions Committee, in the course of its continuous review of the market under Article 16, is of the opinion that developments in the international grain market seriously threaten to affect the interests of members, or if such developments are called to the Committee's attention by the Executive Director on his own initiative or at the request of any member of the Council, it shall immediately report the facts concerned to the Executive Committee. The Market Conditions Committee, in so informing the Executive Committee, shall give particular regard to those circumstances which threaten to affect the interests of members.

(2) The Executive Committee shall meet within ten working days to review such developments and, if it deems it appropriate, request the Chairman of the Council to convene a session of the Council to consider the situation.

Article 5

Commercial purchases and special transactions

(1) A commercial purchase for the purposes of this Convention is a purchase as defined in Article 2 which conforms to the usual commercial practices in international trade and which does not include those transactions referred to in paragraph (2) of this Article.

(2) A special transaction for the purposes of this Convention is one which includes features introduced by the Government of a member concerned which do not conform to usual commercial practices. Special transactions include the following:

- (a) sales on credit in which, as a result of government intervention, the interest rate, period of payment, or other related terms do not conform to the commercial rates, periods or terms prevailing in the world market;

Artikel 3

Informationen, Berichte und Untersuchungen

(1) Um die Verwirklichung des in Artikel 1 bezeichneten Zweckes zu erleichtern, einen umfassenderen Meinungsaustausch auf Ratstagungen zu ermöglichen und im allgemeinen Interesse der Mitglieder für einen stetigen Informationsfluß zu sorgen, werden Vorkehrungen für eine regelmäßige Berichterstattung und einen regelmäßigen Informationsaustausch sowie gegebenenfalls für besondere Untersuchungen in bezug auf Getreide getroffen, die sich in erster Linie auf folgendes konzentrieren:

- a) Angebot, Nachfrage und Marktlage;
- b) Entwicklungen in der Politik der einzelnen Staaten und ihre Auswirkungen auf den internationalen Markt;
- c) Entwicklungen betreffend die Verbesserung und Ausweitung des Handels, der Verwendung, der Lagerung und der Beförderung, insbesondere in den Entwicklungsländern.

(2) Um die Sammlung und Aufbereitung der Informationen für die in Absatz 1 bezeichneten Berichte und Untersuchungen zu verbessern, mehr Mitgliedern eine unmittelbare Beteiligung an der Arbeit des Rates zu ermöglichen und die bereits vom Rat während seiner Tagungen erteilten Anweisungen zu ergänzen, wird ein Ausschuß für die Marktlage eingesetzt, dessen Sitzungen allen Mitgliedern des Rates offenstehen. Der Ausschuß nimmt die in Artikel 16 aufgeführten Aufgaben wahr.

Artikel 4

Konsultationen über Marktentwicklungen

(1) Gelangt der Ausschuß für die Marktlage bei seiner ständigen Überprüfung des Marktes nach Artikel 16 zu der Auffassung, daß die Entwicklungen auf dem internationalen Getreidemarkt die Interessen der Mitglieder ernsthaft zu beeinträchtigen drohen, oder macht der Exekutivdirektor dem Ausschuß von sich aus oder auf Ersuchen eines Mitglieds des Rates eine entsprechende Mitteilung, so erstattet der Ausschuß dem Exekutivausschuß umgehend über den Sachverhalt Bericht. Dabei berücksichtigt der Ausschuß für die Marktlage insbesondere die Umstände, welche die Interessen der Mitglieder zu beeinträchtigen drohen.

(2) Der Exekutivausschuß tritt innerhalb von zehn Arbeitstagen zusammen, um diese Entwicklungen zu überprüfen und, wenn er dies für angezeigt hält, den Vorsitzenden des Rates zu ersuchen, eine Ratstagung zur Prüfung der Lage anzuberaumen.

Artikel 5

Kommerzielle Käufe und Sondergeschäfte

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens ist ein kommerzieller Kauf nach der Begriffsbestimmung in Artikel 2 ein Kauf, der den internationalen Handelsbräuchen entspricht; die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels bezeichneten Geschäfte fallen jedoch nicht darunter.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens ist ein Sondergeschäft ein Geschäft, das Merkmale aufweist, die ihm von der Regierung eines beteiligten Mitglieds auferlegt sind und den Handelsbräuchen nicht entsprechen. Zu den Sondergeschäften gehören folgende:

- a) Verkäufe gegen Kredit, bei denen aufgrund staatlicher Einflußnahme die Zinssätze, Zahlungsfristen oder andere einschlägige Bedingungen den auf dem Weltmarkt geltenden handelsüblichen Zinssätzen, Fristen oder Bedingungen nicht entsprechen;

- (b) sales in which the funds for the purchase of grain are obtained under a loan from the Government of the exporting member tied to the purchase of grain;
- (c) sales for currency of the importing member which is not transferable or convertible into currency or goods for use in the exporting member;
- (d) sales under trade agreements with special payments arrangements which include clearing accounts for settling credit balances bilaterally through the exchange of goods, except where the exporting member and the importing member concerned agree that the sale shall be regarded as commercial;
- (e) barter transactions:
 - (i) which result from the intervention of Governments where grain is exchanged at other than prevailing world prices, or
 - (ii) which involve sponsorship under a government purchase programme, except where the purchase of grain results from a barter transaction in which the country of final destination was not named in the original barter contract;
- (f) a gift of grain or a purchase of grain out of a monetary grant by the exporting member made for that specific purpose;
- (g) any other categories of transactions, as the Council may prescribe, that include features introduced by the Government of a member concerned which do not conform to usual commercial practices.

(3) Any question raised by the Executive Director or by any member as to whether a transaction is a commercial purchase as defined in paragraph (1) of this Article or a special transaction as defined in paragraph (2) of this Article shall be decided by the Council.

Article 6

Guidelines relating to concessional transactions

(1) Members undertake to conduct any concessional transactions in grains in such a way as to avoid harmful interference with normal patterns of production and international commercial trade.

(2) To this end both supplying and recipient members shall undertake appropriate measures to ensure that concessional transactions are additional to commercial sales which could reasonably be anticipated in the absence of such transactions, and would increase consumption or stocks in the recipient country. Such measures shall, for countries which are members of the Food and Agriculture Organization (FAO), be consistent with the FAO Principles of Surplus Disposal and Guiding Lines and the consultative obligations of FAO members, and may include the requirement that a specified level of commercial imports of grains agreed with the recipient country be maintained on a global basis by that country. In establishing or adjusting this level, full regard shall be had to the commercial import levels in a representative period, to recent trends in utilisation and imports, and to the economic circumstances of the recipient country, including, in particular, its balance-of-payments situation.

(3) Members, when engaging in concessional export transactions, shall consult with exporting members whose commercial sales might be affected by such transactions to the maximum possible extent before such arrangements are concluded with recipient countries.

(4) The Secretariat shall periodically report to the Council on developments in concessional transactions in grains.

- b) Verkäufe, bei denen die Regierung des Ausfuhrmitglieds die Mittel für den Kauf von Getreide in Form eines zweckgebundenen Darlehens gewährt;
- c) Verkäufe gegen Zahlungsmittel des Einfuhrmitglieds, die nicht transferierbar und weder in Zahlungsmittel noch in Waren zur Verwendung im Ausfuhrmitglied konvertierbar oder austauschbar sind;
- d) Verkäufe aufgrund von Handelsabkommen mit besonderen Zahlungsvereinbarungen, die Verrechnungskonten zum gegenseitigen Ausgleich von Guthaben durch Warenaustausch vorsehen, sofern nicht das beteiligte Ausfuhrmitglied und das beteiligte Einfuhrmitglied vereinbaren, daß der Verkauf als kommerzieller Verkauf gilt;
- e) Tauschgeschäfte,
 - i) die das Ergebnis staatlicher Einflußnahme sind und bei denen Getreide zu anderen als den üblichen Weltmarktpreisen ausgetauscht wird, oder
 - ii) die im Rahmen eines staatlichen Kaufprogramms gefördert werden, sofern sich der Getreidekauf nicht aus einem Tauschgeschäft ergibt, bei dem das letzte Bestimmungsland nicht in dem ursprünglichen Tauschvertrag genannt war;
- f) Getreideschenkungen oder Getreidekäufe, die mit Hilfe zweckgebundener Geldzuwendungen des Ausfuhrmitglieds erfolgen;
- g) alle sonstigen vom Rat bezeichneten Arten von Geschäften, die den Handelsbräuchen nicht entsprechende, von der Regierung eines beteiligten Mitglieds geschaffene Merkmale aufweisen.

(3) Wirft der Exekutivdirektor oder ein Mitglied die Frage auf, ob ein Geschäft ein kommerzieller Kauf nach Absatz 1 oder ein Sondergeschäft nach Absatz 2 ist, so entscheidet der Rat.

Artikel 6

Leitlinien für Vorzugsgeschäfte

(1) Die Mitglieder verpflichten sich, bei der Durchführung von Vorzugsgeschäften mit Getreide darauf zu achten, daß schädigende Eingriffe in die normalen Strukturen der Erzeugung und des internationalen kommerziellen Handels vermieden werden.

(2) Zu diesem Zweck treffen sowohl Liefer- als auch Empfängermitglieder angemessene Maßnahmen, um zu gewährleisten, daß die Vorzugsgeschäfte zusätzlich zu den kommerziellen Verkäufen getätigt werden, die in Ermangelung von Vorzugsgeschäften normalerweise zu erwarten wären, und den Verbrauch oder die Vorräte im Empfängerland erhöhen. Diese Maßnahmen müssen bei Ländern, die Mitglieder der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sind, den FAO-Grundsätzen und -Leitlinien für die Verwendung von Überschüssen und den Konsultativverpflichtungen von FAO-Mitgliedern entsprechen und können vorschreiben, daß das Empfängerland eine mit ihm vereinbarte bestimmte Menge kommerzieller Getreideeinfuhren aus allen anderen Ländern beibehält. Bei der Festsetzung oder Anpassung dieser Menge sind der Umfang der kommerziellen Einfuhren während eines typischen Zeitabschnitts, jüngste Trends in bezug auf Verwendung und Einfuhren sowie die Wirtschaftslage des Empfängerlands, insbesondere seine Zahlungsbilanzlage, voll zu berücksichtigen.

(3) Mitglieder, die Vorzugs-Ausfuhrgeschäfte tätigen, führen vor Abschluß derartiger Abmachungen mit Empfängerländern möglichst eingehende Konsultationen mit denjenigen Ausfuhrmitgliedern, deren kommerzielle Verkäufe durch diese Geschäfte beeinträchtigt werden könnten.

(4) Das Sekretariat berichtet dem Rat regelmäßig über die Entwicklung der Vorzugsgeschäfte mit Getreide.

Article 7

Reporting and recording

(1) Members shall provide regular reports, and the Council shall maintain records for each crop year, showing separately commercial and special transactions, of all shipments of grain by members and all imports of grain from non-members. The Council shall also maintain, to the extent possible, records of all shipments between non-members.

(2) Members shall provide, as far as possible, such information as the Council may require concerning their grain supply and demand, and report promptly all changes in their national grain policies.

(3) For the purposes of this Article:

- (a) members shall send to the Executive Director such information concerning the quantities of grain involved in commercial sales and purchases and special transactions as the Council within its competence may require, including:
 - (i) in relation to special transactions, such detail of the transactions as will enable them to be classified in accordance with Article 5;
 - (ii) such information as may be available as to the type, class, grade and quality of the grains concerned;
- (b) any member when exporting grain shall send to the Executive Director such information relating to their export prices as the Council may require;
- (c) the Council shall obtain regular information on currently prevailing grain transportation costs, and members shall report such supplementary information as the Council may require.

(4) In the case of any grain which reaches the country of final destination after resale in, passage through, or transshipment from the ports of, a country other than that in which it originated, members shall to the maximum extent possible make available such information as will enable the shipment to be entered in the records as a shipment between the country of origin and the country of final destination. In the case of a resale, the provisions of this paragraph shall apply if the grain originated in the country of origin during the same crop year.

(5) The Council shall make rules of procedure for the reports and records referred to in this Article. Those rules shall prescribe the frequency and the manner in which those reports shall be made and shall prescribe the duties of members with regard thereto. The Council shall also make provision for the amendment of any records or statements kept by it, including provision for the settlement of any dispute arising in connection therewith. If any member repeatedly and unreasonably fails to make reports as required by this Article, the Executive Committee shall arrange consultations with that member to remedy the situation.

Article 8

Disputes and complaints

(1) Any dispute concerning the interpretation or application of this Convention which is not settled by negotiation shall, at the request of any member which is a party to the dispute, be referred to the Council for decision.

(2) Any member which considers that its interests as a party to this Convention have been seriously prejudiced by actions of any one or more members affecting the operation of this Convention may bring the matter before the Council. In such a case, the Council shall immediately consult with the members concerned in order to resolve the matter. If the matter is not resolved through such consultations, the Council shall consider the matter further and may make recommendations to the members concerned.

Artikel 7

Meldungen und Unterlagen

(1) Die Mitglieder legen regelmäßige Meldungen vor, und der Rat führt für jedes Erntejahr Unterlagen, in denen kommerzielle und Sondergeschäfte getrennt ausgewiesen sind, über alle Getreidelieferungen von Mitgliedern und alle Getreideeinfuhren aus Nichtmitgliedern. Der Rat führt außerdem, soweit möglich, Unterlagen über alle Lieferungen zwischen Nichtmitgliedern.

(2) Die Mitglieder stellen, soweit möglich, alle vom Rat benötigten Angaben über Angebot und Nachfrage auf dem Getreidesektor zur Verfügung und melden umgehend alle Änderungen in ihrer jeweiligen Getreidepolitik.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels

- a) übermitteln die Mitglieder dem Exekutivdirektor über die in kommerziellen Verkäufen und Käufen sowie in Sondergeschäften verwendeten Getreidemengen alle Angaben, die der Rat im Rahmen seiner Zuständigkeit benötigt; dazu gehören
 - i) in Verbindung mit Sondergeschäften alle diese betreffenden Einzelheiten, die eine Klassifizierung nach Artikel 5 ermöglichen;
 - ii) alle verfügbaren Angaben über Type, Klasse, Gradierung und Qualität des betreffenden Getreides;
- b) übermitteln die Mitglieder, wenn sie Getreide ausführen, dem Exekutivdirektor alle Angaben über ihre Ausfuhrpreise, die der Rat benötigt;
- c) erhält der Rat regelmäßig Angaben über die jeweils üblichen Beförderungskosten für Getreide und melden die Mitglieder alle vom Rat benötigten zusätzlichen Angaben.

(4) Gelangt Getreide in ein Endbestimmungsland, nachdem es in einem anderen als dem Ursprungsland wiederverkauft, durch das andere Land durchgeführt oder in dessen Häfen umgeschlagen worden ist, so stellen die Mitglieder im weitestmöglichen Umfang die Angaben zur Verfügung, aufgrund deren die Lieferung in die Unterlagen als Lieferung zwischen dem Ursprungsland und dem Endbestimmungsland eingetragen werden kann. Im Fall eines Wiederverkaufs findet dieser Absatz nur Anwendung, wenn das Getreide während des betreffenden Erntejahrs in dem Ursprungsland erzeugt wurde.

(5) Der Rat schreibt Verfahrensregeln für die in diesem Artikel erwähnten Meldungen und Unterlagen vor. In diesen Regeln bestimmt er, wie oft und in welcher Weise diese Meldungen zu erfolgen haben und welche Pflichten den Mitgliedern diesbezüglich obliegen. Der Rat trifft ferner Vorsorge für die Änderung der von ihm geführten Unterlagen und Aufstellungen sowie für die Beilegung etwaiger in diesem Zusammenhang entstehender Streitigkeiten. Versäumt es ein Mitglied wiederholt und ohne ausreichenden Grund, die nach diesem Artikel erforderlichen Meldungen abzugeben, so führt der Exekutivausschuß Konsultationen mit dem betreffenden Mitglied, um Abhilfe zu schaffen.

Artikel 8

Streitigkeiten und Beschwerden

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Antrag eines Mitglieds, das in dieser Streitigkeit Partei ist, dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

(2) Sind nach Auffassung eines Mitglieds dessen Interessen als Vertragspartei dieses Übereinkommens durch Maßnahmen eines oder mehrerer Mitglieder, welche die Wirkungsweise des Übereinkommens berühren, ernstlich geschädigt worden, so kann es die Angelegenheit dem Rat vorlegen. In einem solchem Fall führt der Rat alsbald Konsultationen mit den beteiligten Mitgliedern, um die Angelegenheit zu regeln. Wird durch diese Konsultationen die Angelegenheit nicht geregelt, so unterzieht der Rat sie einer weiteren Prüfung; er kann Empfehlungen an die beteiligten Mitglieder richten.

Part II – Administration

Article 9

Constitution of the Council

(1) The Council (formerly the International Wheat Council, as established by the International Wheat Agreement, 1949, and now renamed the International Grains Council) shall continue in being for the purposes of administering this Convention with the membership, powers and functions provided in this Convention.

(2) Members may be represented at Council meetings by delegates, alternates and advisers.

(3) The Council shall elect a Chairman and a Vice-Chairman who shall hold office for one crop year. The Chairman shall have no vote and the Vice-Chairman shall have no vote while acting as Chairman.

Article 10

Powers and functions of the Council

(1) The Council shall establish its Rules of Procedure.

(2) The Council shall keep such records as are required by the terms of this Convention and may keep such other records as it considers desirable.

(3) In order to enable the Council to discharge its functions under this Convention, the Council may request, and members undertake to supply, subject to the provisions of paragraph (2) of Article 7, such statistics and information as are necessary for this purpose.

(4) The Council may, by special vote, delegate to any of its committees, or to the Executive Director, the exercise of powers or functions other than the following:

- (a) decisions on matters under Article 8;
- (b) review, under Article 11, of the votes of members listed in the Annex;
- (c) determination of exporting and importing members and distribution of their votes under Article 12;
- (d) location of the seat of the Council under paragraph (1) of Article 13;
- (e) appointment of the Executive Director under paragraph (2) of Article 17;
- (f) adoption of the budget and assessment of members' contributions under Article 21;
- (g) suspension of the voting rights of a member under paragraph (6) of Article 21;
- (h) any request to the Secretary-General of UNCTAD to convene a negotiating conference under Article 22;
- (i) exclusion of a member from the Council under Article 30;
- (j) recommendation of an amendment under Article 32;
- (k) extension or termination of this Convention under Article 33.

The Council may at any time revoke such delegation by a majority of the votes cast.

(5) Any decision made under any powers or functions delegated by the Council in accordance with paragraph (4) of this Article shall be subject to review by the Council at the request of any member made within a period which the Council shall prescribe. Any decision in respect of which no request for review has been made within the prescribed period shall be binding on all members.

(6) In addition to the powers and functions specified in this Convention the Council shall have such other powers and perform

Teil II – Verwaltungsbestimmungen

Artikel 9

Zusammensetzung des Rates

(1) Der Rat (vormals der Internationale Weizenrat, der durch das Internationale Weizen-Übereinkommen von 1949 eingesetzt und nunmehr in Internationaler Getreiderat umbenannt wurde) bleibt zum Zweck der Handhabung des vorliegenden Übereinkommens mit der in demselben vorgesehenen Mitgliedschaft sowie den darin vorgesehenen Befugnissen und Aufgaben bestehen.

(2) Die Mitglieder können auf Ratssitzungen durch Delegierte, Stellvertreter und Berater vertreten sein.

(3) Der Rat wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, die ihr Amt für die Dauer eines Erntejahrs bekleiden. Der Vorsitzende und der den Vorsitz führende stellvertretende Vorsitzende sind nicht stimmberechtigt.

Artikel 10

Befugnisse und Aufgaben des Rates

(1) Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Der Rat führt die in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Unterlagen; er kann zusätzlich alle sonstigen Unterlagen führen, die er für erwünscht hält.

(3) Um seine Aufgaben aus diesem Übereinkommen wahrnehmen zu können, kann der Rat die für diesen Zweck notwendigen Statistiken und Auskünfte anfordern; die Mitglieder verpflichten sich vorbehaltlich des Artikels 7 Absatz 2, sie ihm zur Verfügung zu stellen.

(4) Der Rat kann durch besondere Abstimmung die Ausübung von Befugnissen oder Aufgaben mit Ausnahme der folgenden auf einen seiner Ausschüsse oder auf den Exekutivdirektor übertragen:

- a) Beschlüsse über Angelegenheiten nach Artikel 8;
- b) Überprüfung der Stimmen der in der Anlage aufgeführten Mitglieder nach Artikel 11;
- c) Bestimmung der Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder und Verteilung ihrer Stimmen nach Artikel 12;
- d) Bestimmung des Sitzes des Rates nach Artikel 13 Absatz 1;
- e) Ernennung des Exekutivdirektors nach Artikel 17 Absatz 2;
- f) Annahme des Haushalts und Festsetzung der Beiträge der Mitglieder nach Artikel 21;
- g) zeitweiliger Entzug der Stimmrechte eines Mitglieds nach Artikel 21 Absatz 6;
- h) Ersuchen an den Generalsekretär der UNCTAD, eine Verhandlungskonferenz nach Artikel 22 anzuberaumen;
- i) Ausschluss eines Mitglieds aus dem Rat nach Artikel 30;
- j) Empfehlung einer Änderung nach Artikel 32;
- k) Verlängerung oder Außerkraftsetzung dieses Übereinkommens nach Artikel 33.

Der Rat kann eine solche Übertragung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen jederzeit widerrufen.

(5) Jeder Beschluss, der aufgrund einer nach Absatz 4 vom Rat übertragenen Befugnis oder Aufgabe gefasst wird, unterliegt auf Antrag eines Mitglieds, der innerhalb einer vom Rat vorgeschriebenen Frist zu stellen ist, der Überprüfung durch den Rat. Beschlüsse, für die ein Antrag auf Überprüfung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht gestellt wird, sind für alle Mitglieder bindend.

(6) Außer den in diesem Übereinkommen genannten Befugnissen und Aufgaben hat der Rat die Befugnisse und nimmt die

such other functions as are necessary to carry out the terms of this Convention.

Article 11

Votes for entry into force and budgetary procedures

(1) For the purposes of the entry into force of this Convention, the calculations under paragraph (1) of Article 28 shall be based on the votes as set out in part A of the Annex.

(2) For the purposes of the assessment of financial contributions under Article 21, the votes of members shall be regarded as those set out in the Annex, subject to the provisions of this Article and the associated Rules of Procedure.

(3) Whenever this Convention is extended under paragraph (2) of Article 33, the Council shall review and adjust the votes of members under this Article. Such adjustments shall bring the distribution of votes more closely into line with current grain trade patterns, and shall be in accordance with the methods specified in the Rules of Procedure.

(4) If the Council decides that a significant shift in world grain trading patterns has occurred it shall review, and may adjust, the votes of members. Such adjustments shall be regarded as amendments to this Convention, and shall be subject to the provisions of Article 32, except that an adjustment of votes may take effect only at the beginning of a fiscal year. After any adjustment to members votes under this paragraph has taken effect, no further such adjustment may be put into effect before three years have elapsed.

(5) All redistributions of votes under this Article shall be conducted in accordance with the Rules of Procedure.

(6) For all purposes regarding the administration of this Convention, other than its entry into force under paragraph (1) of Article 28 and the assessment of financial contributions under Article 21, the votes to be exercised by members shall be as determined under Article 12.

Article 12

Determination of exporting and importing members and distribution of their votes

(1) At the first session held under this Convention, the Council shall establish which members shall be exporting members and which members shall be importing members for the purposes of this Convention. In so deciding, the Council shall take account of the grain trading patterns of those members and of their own views.

(2) As soon as the Council has determined which members shall be exporting and which shall be importing members under this Convention, the exporting members, on the basis of their votes under Article 11, shall divide their votes among them as they shall decide, subject to the conditions laid down in paragraph (3) of this Article, and the importing members shall similarly divide their votes.

(3) For the purposes of the allocation of votes under paragraph (2) of this Article, the exporting members shall together hold 1,000 votes, and the importing members shall together hold 1,000 votes. No member shall hold more than 333 votes as an exporting member or more than 333 votes as an importing member. There shall be no fractional votes.

(4) The lists of exporting and importing members shall be reviewed by the Council, in the light of changing patterns in their grain trade, after a period of three years following the entry into force of this Convention. They shall also be reviewed whenever this Convention is extended under paragraph (2) of Article 33.

(5) At the request of any member, the Council may, at the beginning of any fiscal year, agree by special vote to the transfer

Aufgaben wahr, die zur Durchführung des Übereinkommens notwendig sind.

Artikel 11

Stimmen für das Inkrafttreten und für die Haushaltsverfahren

(1) Für die Zwecke des Inkrafttretens dieses Übereinkommens beruhen die Berechnungen nach Artikel 28 Absatz 1 auf den in Teil A der Anlage angegebenen Stimmen.

(2) Für die Zwecke der Festsetzung der Finanzbeiträge nach Artikel 21 beruhen vorbehaltlich des vorliegenden Artikels und der dazugehörigen Verfahrensregeln die Stimmen der Mitglieder auf den in der Anlage angegebenen Stimmen.

(3) Sobald dieses Übereinkommen nach Artikel 33 Absatz 2 verlängert wird, überprüft der Rat nach dem vorliegenden Artikel die Stimmen der Mitglieder und gleicht sie an. Diese Angleichungen sollen bewirken, daß die Verteilung der Stimmen den derzeitigen Strukturen im Getreidehandel besser entspricht; sie werden nach den in den Verfahrensregeln vorgesehenen Methoden vorgenommen.

(4) Beschließt der Rat, daß sich die Strukturen im Weltgetreidehandel erheblich geändert haben, so überprüft er die Stimmen der Mitglieder und kann sie angleichen. Diese Angleichungen gelten als Änderungen dieses Übereinkommens und unterliegen Artikel 32; jedoch kann eine Angleichung der Stimmen nur zu Beginn eines Rechnungsjahrs wirksam werden. Nachdem eine Angleichung der Stimmen gemäß diesem Absatz wirksam geworden ist, darf vor Ablauf von drei Jahren keine weitere solche Angleichung vorgenommen werden.

(5) Jede Neuaufteilung der Stimmen aufgrund dieses Artikels muß den Verfahrensregeln entsprechen.

(6) Für alle Zwecke im Zusammenhang mit der Handhabung dieses Übereinkommens mit Ausnahme seines Inkrafttretens nach Artikel 28 Absatz 1 und der Festsetzung der Finanzbeiträge nach Artikel 21 richtet sich die Zahl der den Mitgliedern zustehenden Stimmen nach Artikel 12.

Artikel 12

Bestimmung der Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder und Verteilung ihrer Stimmen

(1) Auf der ersten aufgrund dieses Übereinkommens abgehaltenen Tagung legt der Rat fest, welche Mitglieder Ausfuhrmitglieder und welche Mitglieder Einfuhrmitglieder im Sinne des Übereinkommens sind. Dabei berücksichtigt der Rat die Getreidehandelsstrukturen dieser Mitglieder und ihre eigenen Ansichten.

(2) Sobald der Rat bestimmt hat, welche Mitglieder Ausfuhr- und welche Einfuhrmitglieder aufgrund dieses Übereinkommens sind, teilen die Ausfuhrmitglieder vorbehaltlich der in Absatz 3 festgesetzten Bedingungen ihre Stimmen auf der Grundlage ihrer Stimmen nach Artikel 11 untereinander auf, und die Einfuhrmitglieder teilen ihre Stimmen in ähnlicher Weise auf.

(3) Für die Zwecke der Zuteilung von Stimmen nach Absatz 2 verfügen die Ausfuhrmitglieder und die Einfuhrmitglieder über je 1 000 Stimmen. Ein Mitglied darf nicht über mehr als 333 Stimmen als Ausfuhrmitglied oder mehr als 333 Stimmen als Einfuhrmitglied verfügen. Es gibt keine Teilstimmen.

(4) Die Listen der Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder werden vom Rat aufgrund der sich ändernden Strukturen in ihrem Getreidehandel drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens überprüft. Sie werden ferner überprüft, sobald das Übereinkommen nach Artikel 33 Absatz 2 verlängert wird.

(5) Auf Ersuchen eines Mitglieds kann der Rat zu Beginn eines Rechnungsjahrs durch besondere Abstimmung beschließen, daß

of that member from the list of exporting members to the list of importing members, or from the list of importing members to the list of exporting members, as appropriate.

(6) The distribution of the votes of exporting and importing members shall be reviewed by the Council whenever the lists of the exporting and importing members are changed under paragraphs (4) or (5) of this Article. Any redistribution of votes under this paragraph shall be subject to the conditions set out in paragraph (3) of this Article.

(7) Whenever any Government becomes, or ceases to be, a party to this Convention, the Council shall redistribute the votes of the other exporting or importing members, as appropriate, in proportion to the number of votes held by each member, subject to the conditions set out in paragraph (3) of this Article.

(8) Any exporting member may authorize any other exporting member, and any importing member may authorise any other importing member, to represent its interests and to exercise its votes at any meeting or meetings of the Council. Satisfactory evidence of such authorisation shall be submitted to the Council.

(9) If at any meeting of the Council a member is not represented by an accredited delegate and has not authorized another member to exercise its votes in accordance with paragraph (8) of this Article, or if at the date of any meeting any member has forfeited, has been deprived of, or has recovered its votes under any provisions of this Convention, the total votes to be exercised by the exporting members at that meeting shall be adjusted to a figure equal to the total of votes to be exercised at that meeting by the importing members and redistributed among exporting members in proportion to their votes.

Article 13

Seat, sessions and quorum

(1) The seat of the Council shall be in London unless the Council decides otherwise.

(2) The Council shall meet at least once during each half of each fiscal year and at such other times as the Chairman may decide, or as otherwise required by this Convention. (3) The Chairman shall convene a session of the Council if so requested by (a) five members or (b) one or more members holding a total of not less than 10 per cent of the total votes or (c) the Executive Committee.

(3) The Chairman shall convene a session of the Council if so requested by (a) five members or (b) one or more members holding a total of not less than 10 per cent of the total votes or (c) the Executive Committee.

(4) The presence of delegates with a majority of the votes held by the exporting members and a majority of the votes held by the importing members, prior to any adjustment of votes under paragraph (9) of Article 12, shall be necessary to constitute a quorum at any meeting of the Council.

Article 14

Decisions

(1) Except where otherwise specified in this Convention, decisions of the Council shall be by a majority of the votes cast by the exporting members and a majority of the votes cast by the importing members, counted separately.

(2) Without prejudice to the complete liberty of action of any member in the determination and administration of its agricultural and price policies, each member undertakes to accept as binding all decisions of the Council under the provisions of this Convention.

das betreffende Mitglied von der Liste der Ausfuhrmitglieder auf die Liste der Einfuhrmitglieder bzw. von der Liste der Einfuhrmitglieder auf die Liste der Ausfuhrmitglieder gesetzt wird.

(6) Die Verteilung der Stimmen der Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder wird vom Rat überprüft, sobald die Listen der Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder nach Absatz 4 oder 5 geändert werden. Eine Neuverteilung der Stimmen aufgrund dieses Absatzes erfolgt unter den in Absatz 3 festgesetzten Bedingungen.

(7) Wird eine Regierung Vertragspartei dieses Übereinkommens oder hört sie auf, Vertragspartei des Übereinkommens zu sein, so teilt der Rat die Stimmen der anderen Ausfuhr- bzw. Einfuhrmitglieder im Verhältnis der jedem Mitglied zustehenden Stimmenzahl vorbehaltlich der in Absatz 3 festgesetzten Bedingungen neu auf.

(8) Ein Ausfuhrmitglied kann ein anderes Ausfuhrmitglied und ein Einfuhrmitglied kann ein anderes Einfuhrmitglied ermächtigen, auf einer oder mehreren Sitzungen des Rates seine Interessen zu vertreten und sein Stimmrecht auszuüben. Ein ausreichender Nachweis der Ermächtigung ist dem Rat vorzulegen.

(9) Ist auf einer Ratssitzung ein Mitglied nicht durch einen beglaubigten Delegierten vertreten und hat es kein anderes Mitglied ermächtigt, sein Stimmrecht nach Absatz 8 auszuüben, oder hat im Zeitpunkt einer Sitzung ein Mitglied aufgrund einer Bestimmung dieses Übereinkommens sein Stimmrecht verwirkt, verloren oder zurückerhalten, so wird die Gesamtstimmzahl der auf dieser Sitzung ihr Stimmrecht ausübenden Ausfuhrmitglieder der Gesamtstimmzahl der auf dieser Sitzung ihr Stimmrecht ausübenden Einfuhrmitglieder angeglichen und sodann auf die Ausfuhrmitglieder im Verhältnis ihrer Stimmenzahl neu aufgeteilt.

Artikel 13

Sitz, Tagungen und Beschlußfähigkeit

(1) Der Sitz des Rates ist London, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

(2) Der Rat tritt mindestens einmal in jedem halben Rechnungsjahr und außerdem zu jedem anderen vom Vorsitzenden bestimmten oder sonst aufgrund dieses Übereinkommens erforderlichen Zeitpunkt zusammen.

(3) Der Vorsitzende beraumt eine Ratstagung an, wenn dies a) von fünf Mitgliedern oder b) von einem oder mehreren Mitgliedern, denen insgesamt mindestens 10 v. H. der Gesamtstimmen zustehen, oder c) vom Exekutivausschuß beantragt wird.

(4) Der Rat ist beschlußfähig, wenn die auf einer Sitzung anwesenden Delegierten vor einer etwaigen Angleichung des Stimmenverhältnisses nach Artikel 12 Absatz 9 über mehr als die Hälfte der den Ausfuhrmitgliedern und mehr als die Hälfte der den Einfuhrmitgliedern zustehenden Stimmen verfügen.

Artikel 14

Beschlüsse

(1) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, bedürfen die Beschlüsse des Rates der Mehrheit der von den Ausfuhrmitgliedern und der Mehrheit der von den Einfuhrmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen.

(2) Unbeschadet der vollen Handlungsfreiheit jedes Mitglieds bei der Festlegung und Durchführung seiner Agrar- und Preispolitik verpflichtet sich jedes Mitglied, sämtliche aufgrund dieses Übereinkommens vom Rat gefaßten Beschlüsse als bindend anzuerkennen.

Article 15**Executive Committee**

(1) The Council shall establish an Executive Committee consisting of not more than six exporting members elected annually by the exporting members and not more than eight importing members elected annually by the importing members. The Council shall appoint the Chairman of the Executive Committee and may appoint a Vice-Chairman.

(2) The Executive Committee shall be responsible to and work under the general direction of the Council. It shall have such powers and functions as are expressly assigned to it under this Convention and such other powers and functions as the Council may delegate to it under paragraph (4) of Article 10.

(3) The exporting members on the Executive Committee shall have the same total number of votes as the importing members. The votes of the exporting members on the Executive Committee shall be divided among them as they shall decide, provided that no such exporting member shall have more than 40 per cent of the total votes of those exporting members. The votes of the importing members on the Executive Committee shall be divided among them as they shall decide, provided that no such importing member shall have more than 40 per cent of the total votes of those importing members.

(4) The Council shall prescribe rules of procedure regarding voting in the Executive Committee and may make such other provision regarding rules of procedure in the Executive Committee as it thinks fit. A decision of the Executive Committee shall require the same majority of votes as this Convention prescribes for the Council when making a decision on a similar matter.

(5) Any member of the Council which is not a member of the Executive Committee may participate, without voting, in the discussion of any question before the Executive Committee whenever the latter considers that the interests of that member are affected.

Article 16**Market Conditions Committee**

(1) The Council shall establish a Market Conditions Committee, which shall be a Committee of the whole. The Chairman of the Market Conditions Committee shall be the Executive Director, unless the Council decides otherwise.

(2) Invitations to attend the meetings of the Market Conditions Committee as observers may be extended to representatives of non-member Governments and international organizations, as the Chairman of the Committee considers appropriate.

(3) The Committee shall keep under continuous review, and report to members on, all matters affecting the world grain economy. The Committee shall take account in its review of relevant information supplied by any member of the Council.

(4) The Committee shall supplement the guidance given by the Council to assist the Secretariat in carrying out the work envisaged in Article 3.

(5) The Committee shall advise in accordance with the relevant Articles of this Convention and on any matters which the Council or the Executive Committee may refer to it.

Article 17**Secretariat**

(1) The Council shall have a Secretariat consisting of an Executive Director, who shall be its chief administrative officer, and such staff as may be required for the work of the Council and its Committees.

(2) The Council shall appoint the Executive Director who shall be responsible for the performance of the duties devolving upon the Secretariat in the administration of this Convention, and for the

Artikel 15**Der Exekutivausschuß**

(1) Der Rat setzt einen Exekutivausschuß ein, der aus höchstens sechs jährlich von den Ausfuhrmitgliedern zu wählenden Ausfuhrmitgliedern und höchstens acht jährlich von den Einfuhrmitgliedern zu wählenden Einfuhrmitgliedern besteht. Der Rat ernennt den Vorsitzenden des Exekutivausschusses und kann einen stellvertretenden Vorsitzenden ernennen.

(2) Der Exekutivausschuß ist dem Rat verantwortlich und arbeitet nach dessen allgemeinen Weisungen. Er hat die Befugnisse und nimmt die Aufgaben wahr, die ihm in diesem Übereinkommen ausdrücklich zugewiesen sind oder ihm zusätzlich vom Rat nach Artikel 10 Absatz 4 übertragen werden.

(3) Die Ausfuhrmitglieder im Exekutivausschuß haben dieselbe Gesamtstimmzahl wie die Einfuhrmitglieder. Die Stimmen der Ausfuhrmitglieder im Exekutivausschuß werden so unter diese Mitglieder aufgeteilt, wie sie es beschließen, mit der Maßgabe, daß kein Ausfuhrmitglied über mehr als 40 v.H. der Gesamtstimmen der Ausfuhrmitglieder verfügen darf. Die Stimmen der Einfuhrmitglieder im Exekutivausschuß werden so unter diese Mitglieder aufgeteilt, wie sie es beschließen, mit der Maßgabe, daß kein Einfuhrmitglied über mehr als 40 v.H. der Gesamtstimmen der Einfuhrmitglieder verfügen darf.

(4) Der Rat legt Verfahrensregeln für Abstimmungen im Exekutivausschuß fest und kann nach seinem Ermessen sonstige Verfahrensregeln für diesen beschließen. Ein Beschluß des Exekutivausschusses bedarf der gleichen Stimmenmehrheit, die in diesem Übereinkommen für den Rat vorgeschrieben ist, wenn er in einer ähnlichen Sache einen Beschluß faßt.

(5) Jedes Mitglied des Rates, das nicht Mitglied des Exekutivausschusses ist, kann ohne Stimmrecht an dessen Erörterungen über eine Frage teilnehmen, die nach Ansicht des Exekutivausschusses die Interessen dieses Mitglieds berührt.

Artikel 16**Der Ausschuß für die Marktlage**

(1) Der Rat setzt einen Ausschuß für die Marktlage ein, der ein Gesamtausschuß ist. Der Vorsitzende des Ausschusses für die Marktlage ist der Exekutivdirektor, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

(2) Vertreter von Nichtmitgliedregierungen und internationalen Organisationen können eingeladen werden, als Beobachter an den Sitzungen des Ausschusses für die Marktlage teilzunehmen, soweit der Vorsitzende des Ausschusses dies für angezeigt hält.

(3) Der Ausschuß prüft ständig alle Umstände, welche die Weltgetreidewirtschaft beeinflussen, und berichtet den Mitgliedern darüber. Der Ausschuß berücksichtigt bei seiner Prüfung alle von einem Mitglied des Rates vorgelegten einschlägigen Angaben.

(4) Der Ausschuß ergänzt die Anweisungen des Rates zur Unterstützung des Sekretariats bei der Ausführung der in Artikel 3 vorgesehenen Arbeiten.

(5) Der Ausschuß nimmt nach Maßgabe der einschlägigen Artikel dieses Übereinkommens sowie zu allen Fragen Stellung, die der Rat oder der Exekutivausschuß an ihn verweist.

Artikel 17**Das Sekretariat**

(1) Dem Rat steht ein Sekretariat zur Verfügung; es besteht aus einem Exekutivdirektor, der sein höchster Verwaltungsbeamter ist, sowie dem für die Arbeiten des Rates und seiner Ausschüsse erforderlichen Personal.

(2) Der Rat ernennt den Exekutivdirektor; dieser ist für die Wahrnehmung der dem Sekretariat bei der Handhabung dieses Übereinkommens zufallenden Aufgaben und aller anderen ihm

performance of such other duties as are assigned to him by the Council and its Committees.

(3) The staff shall be appointed by the Executive Director in accordance with regulations established by the Council.

(4) It shall be a condition of employment of the Executive Director and of the staff that they do not hold or shall cease to hold financial interest in the grain trade and that they shall not seek or receive instructions regarding their duties under this Convention from any Government or from any other authority external to the Council.

Article 18

Admission of observers

The Council may invite any non-member State, and any intergovernmental organization, to attend any of its meetings as an observer.

Article 19

Co-operation with other intergovernmental organisations

(1) The Council may make whatever arrangements are appropriate for consultation or co-operation with the United Nations, its organs, and such other specialized agencies and intergovernmental organisations as may be appropriate, in particular the United Nations Conference on Trade and Development, the Food and Agriculture Organization, the Common Fund for Commodities and the World Food Programme.

(2) The Council, bearing in mind the particular role of the United Nations Conference on Trade and Development in international commodity trade, will, as it considers appropriate, keep the United Nations Conference on Trade and Development informed of its activities and programmes of work.

(3) If the Council finds that any terms of this Convention are materially inconsistent with such requirements as may be laid down by the United Nations through its appropriate organs or by its specialised agencies regarding intergovernmental commodity agreements, the inconsistency shall be deemed to be a circumstance affecting adversely the operation of this Convention and the procedure prescribed in Article 32 shall be applied.

Article 20

Privileges and immunities

(1) The Council shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings.

(2) The status, privileges and immunities of the Council in the territory of the United Kingdom shall continue to be governed by the Headquarters Agreement between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the International Wheat Council signed at London on 28 November 1968.

(3) The Agreement referred to in paragraph (2) of this Article shall be independent of the present Convention. It shall however terminate:

- (a) by agreement between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Council, or
- (b) in the event of the seat of the Council being moved from the United Kingdom, or
- (c) in the event of the Council ceasing to exist.

(4) In the event of the seat of the Council being moved from the United Kingdom, the Government of the member in which the seat

vom Rat und seinen Ausschüssen zugewiesenen Aufgaben verantwortlich.

(3) Das Personal wird vom Exekutivdirektor nach den vom Rat aufgestellten Vorschriften ernannt.

(4) Die Beschäftigung des Exekutivdirektors und des Personals ist an die Bedingung geknüpft, daß sie am Getreidehandel nicht finanziell beteiligt sind oder derartige Beteiligungen aufgeben und daß sie bezüglich ihrer aufgrund dieses Übereinkommens wahrzunehmenden Aufgaben von keiner Regierung und keiner anderen Stelle außerhalb des Rates Weisungen erbitten oder entgegennehmen.

Artikel 18

Zulassung von Beobachtern

Der Rat kann jeden Nichtmitgliedstaat und jede zwischenstaatliche Organisation einladen, als Beobachter an seinen Sitzungen teilzunehmen.

Artikel 19

Zusammenarbeit mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen

(1) Der Rat kann alle zweckdienlichen Abmachungen zur Konsultation oder Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Organen und allen sonstigen Sonderorganisationen und zwischenstaatlichen Organisationen treffen, die hierfür in Betracht kommen, insbesondere der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und dem Welternährungsprogramm.

(2) Eingedenk der besonderen Rolle der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung im internationalen Handel mit Grundstoffen wird der Rat die Organisation der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung über seine Tätigkeiten und Arbeitsprogramme auf dem laufenden halten, soweit er dies für angezeigt hält.

(3) Stellt der Rat fest, daß eine Bestimmung dieses Übereinkommens sachlich mit den Erfordernissen der Vereinten Nationen oder ihrer zuständigen Organe oder ihrer Sonderorganisationen in bezug auf zwischenstaatliche Grundstoff-Übereinkünfte nicht vereinbar ist, so gilt diese Unvereinbarkeit als ein Umstand, der die Durchführung des Übereinkommens behindert; in diesem Fall findet das Verfahren nach Artikel 32 Anwendung.

Artikel 20

Vorrechte und Immunitäten

(1) Der Rat besitzt Rechtspersönlichkeit. Er hat insbesondere die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern sowie vor Gericht zu stehen.

(2) Die Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten des Rates im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs bestimmen sich weiterhin nach dem am 28. November 1968 in London unterzeichneten Abkommen über den Sitz zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und dem Internationalen Weizenrat.

(3) Das in Absatz 2 genannte Abkommen ist von diesem Übereinkommen unabhängig. Es endet jedoch

- a) durch Vereinbarung zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und dem Rat,
- b) wenn der Sitz des Rates aus dem Vereinigten Königreich verlegt wird oder
- c) wenn der Rat zu bestehen aufhört.

(4) Wird der Sitz des Rates aus dem Vereinigten Königreich verlegt, so schließt die Regierung des Mitglieds, in dem sich der

of the Council is situated shall conclude with the Council an international agreement relating to the status, privileges and immunities of the Council, its Executive Director, its staff and representatives of members at meetings convened by the Council.

Article 21

Finance

(1) The expenses of delegations to the Council and of representatives on its Committees and working groups shall be met by their respective Governments. The other expenses necessary for the administration of this Convention shall be met by annual contributions from all members. The contribution of each member for each fiscal year shall be in the proportion which the number of its votes in the Annex bears to the total of the votes of members in the Annex, as adjusted under Article 11 to reflect the membership of the Convention at the time when the budget for that fiscal year is adopted.

(2) At its first session after this Convention comes into force, the Council shall approve its budget for the fiscal year ending 30 June 1996, and assess the contribution to be paid by each member.

(3) The Council shall, at a session during the second half of each fiscal year, approve its budget for the following fiscal year and assess the contribution to be paid by each member for that fiscal year.

(4) The initial contribution of any member acceding to this Convention under paragraph (2) of Article 27 shall be assessed on the basis of the votes agreed with the Council as a condition for its accession, and the period of the current fiscal year remaining at the time of accession, but the assessments of contributions to be paid by the other members in that fiscal year shall not be altered.

(5) Contributions shall be payable immediately upon assessment.

(6) If, at the end of six months following the date on which its contribution is due in accordance with paragraph (5) of this Article, a member has not paid its full contribution, the Executive Director shall request the member to make payment as quickly as possible. If, at the expiration of six months after the request of the Executive Director, the member has still not paid its contribution, its voting rights in the Council and in the Executive Committee shall be suspended until such time as it has made full payment of the contribution.

(7) A member whose voting rights have been suspended under paragraph (6) of this Article shall not be deprived of any of its other rights or relieved of any of its obligations under this Convention, unless the Council so decides by special vote. It shall remain liable to pay its contribution and to meet any other of its financial obligations under this Convention.

(8) The Council shall, each fiscal year, publish an audited statement of its receipts and expenditures in the previous fiscal year.

(9) The Council shall, prior to its dissolution, provide for the settlement of its liabilities and the disposal of its records and assets.

Article 22

Economic provisions

The Council may, at an appropriate time, examine the possibility of the negotiation of a new international agreement or convention with economic provisions, and report to members, making such recommendations as it deems appropriate. The Council may, when it is judged that such a negotiation could be successfully concluded, request the Secretary-General of the United Nations

Sitz des Rates befindet, mit diesem ein internationales Abkommen über die Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten des Rates, seines Exekutivdirektors, seines Personals sowie der Vertreter der Mitglieder, die an den vom Rat anberaumten Sitzungen teilnehmen.

Artikel 21

Finanzfragen

(1) Die Ausgaben für die Delegationen beim Rat sowie für die Vertreter in seinen Ausschüssen und Arbeitsgruppen werden von den betreffenden Regierungen getragen. Die anderen für die Handhabung dieses Übereinkommens erforderlichen Ausgaben werden aus jährlichen Beiträgen aller Mitglieder bestritten. Der Beitrag eines Mitglieds für jedes Rechnungsjahr richtet sich nach dem Verhältnis der ihm nach der Anlage zustehenden Stimmenzahl zur Gesamtstimmzahl der in der Anlage aufgeführten Mitglieder; dabei wird die jedem Mitglied zustehende Stimmenzahl nach Artikel 11 entsprechend der Mitgliedschaft im Übereinkommen zu dem Zeitpunkt, zu dem der Haushaltsplan für das betreffende Rechnungsjahr angenommen wird, angeglichen.

(2) Auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens genehmigt der Rat seinen Haushaltsplan für das am 30. Juni 1996 endende Rechnungsjahr und setzt den von jedem Mitglied zu zahlenden Beitrag fest.

(3) Auf einer in der zweiten Hälfte jedes Rechnungsjahrs stattfindenden Tagung genehmigt der Rat seinen Haushaltsplan für das folgende Rechnungsjahr und setzt den von jedem Mitglied für das betreffende Rechnungsjahr zu zahlenden Beitrag fest.

(4) Der erste Beitrag eines Mitglieds, das diesem Übereinkommen nach Artikel 27 Absatz 2 beitrifft, wird auf der Grundlage der als Bedingung für den Beitritt mit dem Rat vereinbarten Stimmenzahl und des zum Zeitpunkt des Beitritts noch verbleibenden Zeitabschnitts des laufenden Rechnungsjahrs festgesetzt, ohne daß jedoch die für das betreffende Rechnungsjahr von den anderen Mitgliedern zu zahlenden Beiträge geändert werden.

(5) Die Beiträge sind sofort nach Festsetzung zu zahlen.

(6) Hat ein Mitglied binnen sechs Monaten nach dem Tag, an dem sein Beitrag nach Absatz 5 fällig ist, seinen vollen Beitrag nicht gezahlt, so ersucht der Exekutivdirektor das Mitglied, die Zahlung so bald wie möglich zu leisten. Hat das Mitglied seinen Beitrag binnen sechs Monaten nach dem Ersuchen des Exekutivdirektors noch nicht gezahlt, so wird sein Stimmrecht im Rat und im Exekutivausschuß so lange entzogen, bis der volle Beitrag entrichtet ist.

(7) Ein Mitglied, dem sein Stimmrecht nach Absatz 6 zeitweilig entzogen worden ist, geht dadurch seiner sonstigen Rechte nicht verlustig und wird von seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen nicht entbunden, sofern der Rat dies nicht durch besondere Abstimmung beschließt. Es bleibt zur Zahlung seines Beitrags verpflichtet und hat weiterhin alle sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen.

(8) Der Rat veröffentlicht in jedem Rechnungsjahr eine von Rechnungsprüfern beglaubigte Aufstellung über seine Einnahmen und Ausgaben im vorangegangenen Rechnungsjahr.

(9) Bevor der Rat aufgelöst wird, sorgt er für die Regelung seiner Verbindlichkeiten und verfügt über seine Unterlagen und Vermögenswerte.

Artikel 22

Wirtschaftliche Bestimmungen

Der Rat kann zu gegebener Zeit die Möglichkeit prüfen, eine neue internationale Übereinkunft oder ein neues internationales Übereinkommen mit wirtschaftlichen Bestimmungen auszuhandeln, und den Mitgliedern Bericht erstatten, wobei er die für angezeigt erachteten Empfehlungen abgibt. Gelangt man zu der Auffassung, daß eine solche Verhandlung erfolgreich abgeschlos-

Conference on Trade and Development to convene a negotiating conference.

sen werden könnte, so kann der Rat den Generalsekretär der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung ersuchen, eine Verhandlungskonferenz anzuberaumen.

Part III – Final Provisions

Teil III – Schlußbestimmungen

Article 23

Depositary

(1) The Secretary-General of the United Nations is hereby designated as the depositary of this Convention.

(2) The depositary shall notify all signatory and acceding Governments of each signature, ratification, acceptance, approval, provisional application of, and accession to, this Convention, as well as each notification and notice received under Articles 29 and 32.

Article 24

Signature

This Convention shall be open for signature at United Nations Headquarters from 1 May 1995 until and including 30 June 1995, by the Governments listed in the Annex.

Article 25

Ratification, acceptance, approval

(1) This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval by each signatory Government in accordance with its respective constitutional procedures.

(2) Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the depositary not later than 30 June 1995. The Council may, however, grant one or more extensions of time to any signatory Government which is unable to deposit its instrument by that date. The Council shall inform the depositary of all such extensions of time.

Article 26

Provisional application

Any signatory Government and any other Government eligible to sign this Convention, or whose application for accession is approved by the Council, may deposit with the depositary a declaration of provisional application. Any Government depositing such a declaration shall provisionally apply this Convention in accordance with its laws and regulations and be provisionally regarded as a party thereto.

Article 27

Accession

(1) Any Government listed in the Annex may accede to the present Convention until and including 30 June 1995, except that the Council may grant one or more extensions of time to any Government which has not deposited its instrument by that date.

(2) This Convention shall be open for accession after 30 June 1995 by the Governments of all States upon such conditions as the Council considers appropriate. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the depositary. Such instruments of accession shall state that the Government accepts all the conditions established by the Council.

(3) Where, for the purposes of the operation of this Convention, reference is made to members listed in the Annex, any member the Government of which has acceded to this Convention on conditions prescribed by the Council in accordance with this Article shall be deemed to be listed in the Annex.

Artikel 23

Verwahrer

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird hiermit zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

(2) Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerregierungen und beitretenden Regierungen jede Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens und jeden Beitritt zu demselben sowie alle nach den Artikeln 29 und 32 eingegangenen Notifikationen und Anzeigen.

Artikel 24

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt für die in der Anlage aufgeführten Regierungen vom 1. Mai 1995 bis zum 30. Juni 1995 am Sitz der Vereinten Nationen zur Unterzeichnung auf.

Artikel 25

Ratifikation, Annahme, Genehmigung

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch jede Unterzeichnerregierung nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bis zum 30. Juni 1995 beim Verwahrer hinterlegt. Der Rat kann jedoch einer Unterzeichnerregierung, die ihre Urkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegen kann, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren. Der Rat unterrichtet den Verwahrer von allen solchen Fristverlängerungen.

Artikel 26

Vorläufige Anwendung

Jede Unterzeichnerregierung und jede andere Regierung, welche die Voraussetzungen für die Unterzeichnung dieses Übereinkommens erfüllt oder deren Beitrittsersuchen vom Rat genehmigt wird, kann beim Verwahrer eine Erklärung über die vorläufige Anwendung hinterlegen. Jede Regierung, die eine solche Erklärung hinterlegt, wendet das Übereinkommen nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel 27

Beitritt

(1) Jede in der Anlage aufgeführte Regierung kann diesem Übereinkommen bis zum 30. Juni 1995 beitreten; jedoch kann der Rat einer Regierung, die ihre Urkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

(2) Dieses Übereinkommen liegt nach dem 30. Juni 1995 für die Regierungen aller Staaten zu Bedingungen zum Beitritt auf, die der Rat für angemessen hält. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Verwahrer. In den Beitrittsurkunden ist darzulegen, daß die Regierung alle vom Rat festgesetzten Bedingungen annimmt.

(3) Wird zwecks Durchführung dieses Übereinkommens auf Mitglieder Bezug genommen, die in der Anlage aufgeführt sind, so gilt jedes Mitglied, dessen Regierung dem Übereinkommen unter den vom Rat nach diesem Artikel vorgeschriebenen Bedingungen beigetreten ist, als in der Anlage aufgeführt.

Article 28**Entry into force**

(1) This Convention shall enter into force on 1 July 1995 if instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application have been deposited not later than 30 June 1995 on behalf of Governments listed in part A of the Annex holding, at least, 88 per cent of the total votes set out in part A of the Annex.

(2) If this Convention does not enter into force in accordance with paragraph (1) of this Article, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application, may decide by mutual consent that it shall enter into force between themselves.

Article 29**Withdrawal**

Any member may withdraw from this Convention at the end of any fiscal year by giving written notice of withdrawal to the depositary at least ninety days prior to the end of that fiscal year, but shall not thereby be released from any obligations under this Convention which have not been discharged by the end of that fiscal year. The member shall simultaneously inform the Council of the action it has taken.

Article 30**Exclusion**

If the Council finds that any member is in breach of its obligations under this Convention and decides further that such breach significantly impairs the operation of this Convention, it may, by special vote, exclude such member from the Council. The Council shall immediately notify the depositary of any such decision. Ninety days after the date of the Council's decision, that member shall cease to be a member of the Council.

Article 31**Settlement of accounts**

(1) The Council shall determine any settlement of accounts which it finds equitable with a member which has withdrawn from this Convention or which has been excluded from the Council, or has otherwise ceased to be a party to this Convention. The Council shall retain any amounts already paid by such member. Such member shall be bound to pay any amounts due from it to the Council.

(2) Upon termination of this Convention, any member referred to in paragraph (1) of this Article shall not be entitled to any share of the proceeds of the liquidation or the other assets of the Council; nor shall it be burdened with any part of the deficit, if any, of the Council.

Article 32**Amendment**

(1) The Council may by special vote recommend to members an amendment of this Convention. The amendment shall become effective 100 days after the depositary has received notifications of acceptance from exporting members which hold two thirds of the votes of the exporting members and by importing members which hold two thirds of the votes of the importing members, or on such later date as the Council may have determined by special vote. The Council may fix a time within which each member shall notify the depositary of its acceptance of the amendment and, if the amendment has not become effective by such time, it shall be considered withdrawn. The Council shall provide the depositary with the information necessary to determine whether the notifica-

Artikel 28**Inkrafttreten**

(1) Dieses Übereinkommen tritt am 1. Juli 1995 in Kraft, wenn bis zum 30. Juni 1995 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung für in Teil A der Anlage aufgeführte Regierungen hinterlegt worden sind, die über mindestens 88 v. H. der in Teil A der Anlage angegebenen Gesamtstimmen verfügen.

(2) Tritt dieses Übereinkommen nicht nach Absatz 1 in Kraft, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, in gegenseitigem Einvernehmen beschließen, daß es zwischen ihnen in Kraft treten soll.

Artikel 29**Rücktritt**

Jedes Mitglied kann am Ende jedes Rechnungsjahrs durch eine mindestens neunzig Tage vor Ablauf dieses Rechnungsjahrs an den Verwahrer gerichtete schriftliche Rücktrittsanzelge von diesem Übereinkommen zurücktreten; es wird dadurch nicht von den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen befreit, die bis zum Ende des betreffenden Rechnungsjahrs noch nicht erfüllt sind. Das Mitglied unterrichtet den Rat gleichzeitig von der von ihm getroffenen Maßnahme.

Artikel 30**Ausschluß**

Stellt der Rat fest, daß ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen verletzt hat, und beschließt er ferner, daß diese Verletzung die Durchführung des Übereinkommens erheblich beeinträchtigt, so kann er dieses Mitglied durch besondere Abstimmung aus dem Rat ausschließen. Der Rat notifiziert diesen Beschluß umgehend dem Verwahrer. Das Mitglied verliert seine Mitgliedschaft im Rat neunzig Tage nach dem Beschluß des Rates.

Artikel 31**Kontenabrechnung**

(1) Der Rat regelt in einer von ihm für angemessen erachteten Weise die Kontenabrechnung mit einem Mitglied, das von diesem Übereinkommen zurückgetreten oder vom Rat ausgeschlossen worden ist oder auf andere Weise aufgehört hat, Vertragspartei des Übereinkommens zu sein. Der Rat behält die von diesem Mitglied bereits eingezahlten Beträge ein. Das Mitglied ist zur Zahlung der an den Rat zu zahlenden Beträge verpflichtet.

(2) Bei Außerkrafttreten dieses Übereinkommens hat ein in Absatz 1 bezeichnetes Mitglied keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös oder an anderen Vermögenswerten des Rates; es hat auch etwaige Fehlbeträge des Rates nicht mit zu tragen.

Artikel 32**Änderung**

(1) Der Rat kann durch besondere Abstimmung den Mitgliedern eine Änderung dieses Übereinkommens empfehlen. Die Änderung wird 100 Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem die Annahmefifikationen von Ausfuhrmitgliedern, die über zwei Drittel der Stimmen der Ausfuhrmitglieder verfügen, und von Einfuhrmitgliedern, die über zwei Drittel der Stimmen der Einfuhrmitglieder verfügen, beim Verwahrer eingegangen sind, oder zu einem vom Rat durch besondere Abstimmung zu beschließenden späteren Zeitpunkt wirksam. Der Rat kann eine Frist festlegen, innerhalb deren jedes Mitglied dem Verwahrer die Annahme der Änderung zu notifizieren hat; ist die Änderung bis zum Ablauf dieser Frist nicht wirksam geworden, so gilt sie als zurückgenommen. Der Rat macht dem

tions of acceptance received are sufficient to make the amendment effective.

(2) Any member on behalf of which notification of acceptance of an amendment has not been made by the date on which such amendment becomes effective shall as of that date cease to be a party to this Convention, unless such member has satisfied the Council that acceptance could not be secured in time owing to difficulties in completing its constitutional procedures and the Council decides to extend for such member the period fixed for acceptance. Such member shall not be bound by the amendment before it has notified its acceptance thereof.

Article 33

Duration, extension and termination

(1) This Convention shall remain in force until 30 June 1998, unless extended under paragraph (2) of this Article, or terminated earlier under paragraph (3) of this Article, or replaced before that date by a new agreement or convention negotiated under Article 22.

(2) The Council may, by special vote, extend this Convention beyond 30 June 1998 for successive periods not exceeding two years on each occasion. Any member which does not accept such extension of this Convention shall so inform the Council at least thirty days prior to the extension coming into force. Such a member shall cease to be a party to this Convention from the beginning of the period of extension, but it shall not thereby be released from any obligations under this Convention which have not been discharged prior to that date.

(3) The Council may at any time decide, by special vote, to terminate this Convention with effect from such date and subject to such conditions as it may determine.

(4) Upon termination of this Convention, the Council shall continue in being for such time as may be required to carry out its liquidation and shall have such powers and exercise such functions as may be necessary for that purpose.

(5) The Council shall notify the depositary of any action taken under paragraph (2) or paragraph (3) of this Article.

Article 34

Relationship of Preamble to Convention

This Convention includes the Preamble to the International Grains Agreement, 1995.

In witness whereof the undersigned, having been duly authorised to this effect by their respective Governments, have signed this Convention on the dates appearing opposite their signatures.

Established at London, this 7th day of December One Thousand, Nine Hundred and Ninety-Four, the texts of this Convention in the English, French, Russian and Spanish languages being equally authentic.

Verwahrer die notwendigen Mitteilungen zu der Feststellung, ob die eingegangenen Annahmefestifikationen ausreichen, um die Änderung wirksam zu machen.

(2) Ein Mitglied, für das bis zu dem Zeitpunkt, zu dem eine Änderung wirksam wird, deren Annahme nicht notifiziert worden ist, hört mit diesem Zeitpunkt auf, Vertragspartei dieses Übereinkommens zu sein, sofern es nicht dem Rat überzeugend dargelegt hat, daß die Annahme wegen Schwierigkeiten bei der Durchführung seiner verfassungsrechtlichen Verfahren nicht rechtzeitig herbeigeführt werden konnte, und der Rat beschließt, die für die Annahme festgesetzte Frist für dieses Mitglied zu verlängern. Ein solches Mitglied wird durch die Änderung nicht gebunden, bis es deren Annahme notifiziert hat.

Artikel 33

Geltungsdauer, Verlängerung und Außerkraftsetzung

(1) Dieses Übereinkommen bleibt bis zum 30. Juni 1998 in Kraft, sofern es nicht nach Absatz 2 verlängert, nach Absatz 3 früher außer Kraft gesetzt oder nach Artikel 22 vor diesem Zeitpunkt durch eine neue Übereinkunft oder ein neues Übereinkommen ersetzt wird.

(2) Der Rat kann durch besondere Abstimmung dieses Übereinkommen über den 30. Juni 1998 hinaus um Zeitabschnitte von jeweils höchstens zwei Jahren verlängern. Ein Mitglied, das eine solche Verlängerung des Übereinkommens nicht annimmt, unterrichtet den Rat spätestens dreißig Tage vor Inkrafttreten der Verlängerung davon. Ein solches Mitglied hört mit Beginn der Verlängerungsfrist auf, Vertragspartei des Übereinkommens zu sein, wird jedoch dadurch nicht von den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen befreit, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfüllt sind.

(3) Der Rat kann jederzeit durch besondere Abstimmung beschließen, dieses Übereinkommen von dem Tag an und zu den Bedingungen, die er beschließt, außer Kraft zu setzen.

(4) Bei Außerkrafttreten dieses Übereinkommens bleibt der Rat so lange weiter bestehen, wie es zu seiner Auflösung notwendig ist; er hat alle Befugnisse und nimmt alle Aufgaben wahr, die für diesen Zweck erforderlich sind.

(5) Der Rat notifiziert dem Verwahrer alle nach Absatz 2 oder 3 getroffenen Maßnahmen.

Artikel 34

Verhältnis der Präambel zum Übereinkommen

Die Präambel der Internationalen Getreide-Übereinkunft von 1995 ist Bestandteil dieses Übereinkommens.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen an dem jeweils neben ihrer Unterschrift vermerkten Tag unterschrieben.

Geschehen zu London am 7. Dezember 1994; der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich.

**Annex to the
Grains Trade Convention, 1995**

Votes under Article 11
(from 1 July 1995 to 30 June 1998)

Part A

Algeria	15
Argentina	97
Australia	122
Austria	5
Barbados	5
Bolivia	5
Canada	243
Côte d'Ivoire	5
Cuba	6
Ecuador	5
Egypt (Arab Republic of)	55
European Community	443
Finland	5
Hungary	13
India	32
Iran (Islamic Republic of)	9
Iraq	9
Israel	8
Japan	187
Korea, Republic of	26
Malta	5
Mauritius	5
Morocco	10
Norway	11
Pakistan	14
Panama	5
Russian Federation	100
Saudi Arabia	17
South Africa	16
Sweden	10
Switzerland	15
Tunisia	5
Turkey	7
United States of America	475
Vatican City	5
Yemen (Republic of)	5
	2,000

Part B

Bangladesh	9
Belarus	5
Brazil	32
Bulgaria	7
Chile	6
China (People's Republic of)	77
Colombia	5
Cyprus	5
Czech Republic	6
Dominican Republic	5
El Salvador	5
Estonia	5
Ethiopia	5
Ghana	5
Guatemala	5
Indonesia	9
Jamaica	5
Jordan	5
Kazakhstan	5
Kenya	5
Kuwait	5
Latvia	5
Lithuania	5
Malaysia	8
Mexico	28
New Zealand	5
Nigeria	6
Paraguay	5
Peru	9
Philippines	7
Poland	31
Romania	14
Senegal	5
Slovakia	6
Slovenia	5
Sri Lanka	5
Sudan	5
Syrian Arab Rep	7
Taiwan	26
Tanzania	5
Thailand	17
Trinidad and Tobago	5
Ukraine	8
Uruguay	5
Uzbekistan	14
Venezuela	13
Viet Nam	5
Zaire	5
Zambia	5
Zimbabwe	5

Anlage
zum Getreidehandels-Übereinkommen von 1995

Stimmen nach Artikel 11
(vom 1. Juli 1995 bis 30. Juni 1998)

Teil A

Ägypten, Arabische Republik	55
Algerien	15
Argentinien	97
Australien	122
Barbados	5
Bolivien	5
Côte d'Ivoire	5
Ecuador	5
Europäische Gemeinschaft	443
Finnland	5
Indien	32
Irak	9
Iran, Islamische Republik	9
Israel	8
Japan	187
Jemen, Republik	5
Kanada	243
Korea, Republik	26
Kuba	6
Malta	5
Marokko	10
Mauritius	5
Norwegen	11
Österreich	5
Pakistan	14
Panama	5
Russische Föderation	100
Saudi-Arabien	17
Schweden	10
Schweiz	15
Südafrika	16
Tunesien	5
Türkei	7
Ungarn	13
Vatikanstadt	5
Vereinigte Staaten von Amerika	475

2 000

Teil B

Äthiopien	5
Bangladesch	9
Belarus	5
Brasilien	32
Bulgarien	7
Chile	6
China, Volksrepublik	77
Dominikanische Republik	5
El Salvador	5
Estland	5
Ghana	5
Guatemala	5
Indonesien	9
Jamaika	5
Jordanien	5
Kasachstan	5
Kenia	5
Kolumbien	5
Kuwait	5
Lettland	5
Litauen	5
Malaysia	8
Mexiko	28
Neuseeland	5
Nigeria	6
Paraguay	5
Peru	9
Philippinen	7
Polen	31
Rumänien	14
Sambia	5
Senegal	5
Simbabwe	5
Slowakei	6
Slowenien	5
Sri Lanka	5
Sudan	5
Syrien, Arabische Republik	7
Taiwan	26
Tansania	5
Thailand	17
Trinidad und Tobago	5
Tschechische Republik	6
Ukraine	8
Uruguay	5
Usbekistan	14
Venezuela	13
Vietnam	5
Zaire	5
Zypern	5

Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1995

Food Aid Convention, 1995

(Übersetzung)

Part I – Objective and Definitions

Teil I - Zweck und Begriffsbestimmungen

Article I

Objective

The objective of this Convention is to secure, through a joint effort by the international community, the achievement of the World Food Conference target of at least 10 million tonnes of food aid annually to developing countries in the form of grain suitable for human consumption, and as determined by the provisions of this Convention.

Artikel I

Zweck

Zweck dieses Übereinkommens ist es sicherzustellen, daß das Ziel der Welternährungskonferenz in Höhe von mindestens 10 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe jährlich für Entwicklungsländer in Form von für den menschlichen Verzehr geeignetem Getreide durch gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft erreicht wird, wie dies durch das Übereinkommen festgelegt ist.

Article II

Definitions

For the purposes of this Convention:

- (1) (a) "c.i.f." means cost, insurance and freight;
- (b) "Committee" means the Food Aid Committee referred to in Article IX of this Convention;
- (c) "Convention" means the Food Aid Convention, 1995;
- (d) "developing country", unless the Committee decides otherwise, means any country or territory which is recognised by the Development Assistance Committee of OECD as a developing country or territory;
- (e) "Executive Director" means the Executive Director of the International Grains Council;
- (f) "f.o.b." means free on board;
- (g) "pulses" includes the following species:
Cicer arietinum
Lens culinaris
Lupinus angustifolius/albus
Phaseolus vulgaris/lunatus
Pisum sativum
Vicia faba
Vigna angularis/sinensis/unguiculata
Vigna radiata/mungo
and any other species which the Committee may decide;
- (h) "member" means a party to this Convention;
- (i) "products of primary processing" include:
 - (i) cereal flours;
 - (ii) cereal groats and cereal meal;
 - (iii) other worked cereal grains (e.g. rolled, flaked, polished, pearled and kibbled, but not further prepared) except husked, glazed, polished or broken rice;
 - (iv) germ of cereals, whole, rolled, flaked or ground;
 - (v) bulgur; and
 - (vi) any other similar grain product which the Committee may decide;

Artikel II

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. a) bedeutet „cif“ Kosten, Versicherung und Fracht;
- b) bedeutet „Ausschuß“ den in Artikel IX des Übereinkommens bezeichneten Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß;
- c) bedeutet „Übereinkommen“ das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1995;
- d) bedeutet „Entwicklungsland“, sofern der Ausschuß nichts anderes beschließt, ein Land oder Hoheitsgebiet, das vom Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD als Entwicklungsland oder -gebiet anerkannt ist;
- e) bedeutet „Exekutivdirektor“ den Exekutivdirektor des Internationalen Getreiderats;
- f) bedeutet „fob“ frei an Bord;
- g) umfaßt „Hülsenfrüchte“ die folgenden Arten:
Cicer arietinum
Lens culinaris
Lupinus angustifolius/albus
Phaseolus vulgaris/lunatus
Pisum sativum
Vicia faba
Vigna angularis/sinensis/unguiculata
Vigna radiata/mungo
und jede andere Art, die der Ausschuß bestimmt;
- h) bedeutet „Mitglied“ eine Vertragspartei des Übereinkommens;
- i) umfaßt „Erstverarbeitungserzeugnisse“
 - i) Mehl von Getreide;
 - ii) Grobgrieß und Feingrieß von Getreide;
 - iii) Getreidekörner, anders bearbeitet (z. B. gequetscht, als Flocken, poliert, perlförmig geschliffen und geschrotet, aber nicht weiter zubereitet), ausgenommen geschälter, glasierter oder polierter Reis oder Bruchreis;
 - iv) Getreidekeime, ganz, gequetscht, als Flocken oder gemahlen;
 - v) Bulgur und
 - vi) jedes andere ähnliche Getreideerzeugnis, das der Ausschuß bestimmt;

- (j) "products of secondary processing" include:
- (i) macaroni, spaghetti and similar products; and
 - (ii) any other product, whose manufacture involves the use of a product of primary processing, which the Committee may decide;
- (k) "rice" includes husked, glazed, polished or broken rice;
- (l) "Secretariat" means the Secretariat of the International Grains Council;
- (m) "tonne" means a metric ton of 1,000 kilograms;
- (n) "Usual Marketing Requirement" or "UMR" is the term, as currently used by the FAO and other responsible international organisations, for the commitment by a country receiving a concessional transaction to maintain the normal level of commercial imports of the commodity concerned, in addition to the imports provided under the concessional transaction;
- (o) "wheat equivalent" means the amount of a member's contribution, whether provided in grain, in grain products, in rice or in cash, as evaluated in terms of wheat in accordance with the provisions of Article VI of this Convention;
- (p) "year" means the period from 1 July to the following 30 June, unless otherwise stated.
- (2) Any reference in this Convention to a "Government" or "Governments" or a "member" shall be construed as including a reference to the European Community (hereinafter referred to as the EC). Accordingly, any reference in this Convention to "signature" or to the "deposit of instruments of ratification, acceptance or approval" or "an instrument of accession" or to a "declaration of provisional application" by a Government shall, in the case of the EC, be construed as including signature or declaration of provisional application on behalf of the EC by its competent authority, and the deposit of the instrument required by the institutional procedures of the EC to be deposited for the conclusion of an international agreement.
- j) umfaßt „Zweitverarbeitungserzeugnisse“
- i) Makkaroni, Spaghetti und ähnliche Erzeugnisse und
 - ii) jedes andere aus einem Erstverarbeitungserzeugnis hergestellte Erzeugnis, das der Ausschuß bestimmt;
- k) umfaßt „Reis“ geschälten, glasierten oder polierten Reis oder Bruchreis;
- l) bedeutet „Sekretariat“ das Sekretariat des Internationalen Getreiderats;
- m) bedeutet „Tonne“ eine metrische Tonne von 1000 kg;
- n) bedeutet „Bedingung des üblichen Marktverhaltens“ den derzeit von der FAO und anderen verantwortlichen internationalen Organisationen verwendeten Begriff für die Verpflichtung eines Landes, dem ein Vorzugsgeschäft gewährt wird, zusätzlich zu den im Rahmen des Vorzugsgeschäfts erfolgten Einfuhren die gewöhnliche Menge kommerzieller Einfuhren der betreffenden Ware beizubehalten;
- o) bedeutet „Weizen-Äquivalent“ die Menge des Beitrags eines Mitglieds in Form von Getreide, Getreideerzeugnissen, Reis oder Geld, die nach Artikel VI in Weizen umgerechnet wird;
- p) bedeutet „Jahr“ den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni, sofern nichts anderes bestimmt ist;
2. gilt jede Bezugnahme in dem Übereinkommen auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ oder ein „Mitglied“ auch als Bezugnahme auf die Europäische Gemeinschaft (im folgenden als EG bezeichnet). Entsprechend gilt jede Bezugnahme in dem Übereinkommen auf die „Unterzeichnung“, die „Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden“, eine „Beitrittsurkunde“ oder eine „Erklärung über die vorläufige Anwendung“ durch eine Regierung im Fall der EG auch als Bezugnahme auf die Unterzeichnung oder die Erklärung über die vorläufige Anwendung im Namen der EG durch deren zuständige Behörde sowie die Hinterlegung der nach den institutionellen Verfahren der EG für den Abschluß einer internationalen Übereinkunft zu hinterlegenden Urkunde.

Part II – Main Provisions

Article III

Contributions of members

(1) The members of this Convention agree to contribute to developing countries' grains as food aid, suitable for human consumption and of an acceptable type and quality, or the cash equivalent thereof, in the minimum annual amounts specified in paragraph (4) below. In supplying grain under this Convention, priority is to be given to countries or territories with food import needs which are classified by the Development Assistance Committee of the OECD as least developed countries (LDCs), other low-income countries (LICs) or lower middle-income countries (LMICs).

(2) For the purposes of paragraph (1) of this Article, "grain" or "grains" means wheat, barley, maize, millet, oats, rye, sorghum and rice, or the products (including products of primary and secondary processing) derived therefrom, and also pulses, subject to the provisions of paragraph (3) of this Article, and any other type of grain or grain product, suitable for human consumption and of an acceptable type and quality, that the Committee may decide.

(3) At the request of recipient countries, donors may provide limited quantities of pulses against their obligations under this

Teil II – Grundlegende Bestimmungen

Artikel III

Beiträge der Mitglieder

(1) Die Mitglieder dieses Übereinkommens erklären sich bereit, als Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer Getreide, das für den menschlichen Verzehr geeignet und von annehmbarer Type und Qualität ist, oder dessen Gegenwert in Geld in den in Absatz 4 bezeichneten jährlichen Mindestmengen zur Verfügung zu stellen. Bei der Lieferung von Getreide im Rahmen des Übereinkommens ist denjenigen Ländern oder Hoheitsgebieten mit Nahrungsmittel-einfuhrbedarf Vorrang einzuräumen, die vom Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD als am wenigsten entwickelte Länder (LDC), andere Länder der unteren Einkommensgruppe (LIC) oder Länder der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich) (LMIC) eingestuft worden sind.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 bedeutet „Getreide“ Weizen, Gerste, Mais, Hirse, Hafer, Roggen, Sorghum und Reis oder die daraus gewonnenen Erzeugnisse (einschließlich Erst- und Zweitverarbeitungserzeugnisse) und vorbehaltlich des Absatzes 3 auch Hülsenfrüchte sowie jede sonstige Art von Getreide und Getreideerzeugnissen, die für den menschlichen Verzehr geeignet und von annehmbarer Type und Qualität sind und die der Ausschuß bestimmt.

(3) Auf Antrag der Empfängerländer können die Geber zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen dieses Übereinkom-

Convention, provided these are of an acceptable type and quality and are suitable for human consumption. The Committee shall establish a Rule of Procedure to determine the maximum percentage of the wheat equivalent of members' minimum annual contributions, as set out in paragraph (4) of this Article, which may be provided in the form of pulses.

(4) The minimum annual contribution, in wheat equivalent, of each member towards the achievement of the objective of Article I is as follows, subject to paragraph (9) of this Article:

Member	Tonnes
Argentina	35,000
Australia	300,000
Canada	400,000
European Community and its member States	1,755,000
Japan	300,000
Norway	20,000
Switzerland	40,000
United States of America	2,500,000

(5) For the purposes of the operation of this Convention, any member which has acceded to this Convention pursuant to paragraph (2) of Article XX shall be deemed to be listed in paragraph (4) of this Article together with its minimum contribution as determined under the provisions of Article XX.

(6) Contributions in the form of grains shall be placed in a f.o.b. forward position by members. However, donors are encouraged, as appropriate, to bear the costs of transporting their grain contributions under this Convention beyond the f.o.b. stage, especially in emergency situations or in the case of shipments to low-income, food deficit countries. Due reference to the payment of such costs shall be made in any review of the performance of members in this Convention.

(7) Cash contributions under sub-paragraph (b) of Article IV:

(a) shall be used, as far as possible, to buy grain from developing countries. Preference shall be given to developing members of the Grains Trade and Food Aid Conventions, with first priority to developing members of the Food Aid Convention. However, in all transactions resulting from cash contributions, special regard shall be had, when deciding on a source of supply, to the quality of the grain, the c.i.f. price advantages of using that particular supplier, the possibilities of speedy delivery to the recipient country and the specific requirements of the recipient country;

(b) shall not normally be made to purchase grain which is of the same type that the country that is the source of supply has received as bilateral or multilateral food aid in the same year as the purchase, or in a previous year if the grain then received is still being used.

(8) To the maximum extent possible, contributions shall be made by members on a forward planning basis, so that recipient countries may be able to take account, in their development programmes, of the likely flow of food aid they will receive during each year of this Convention. Furthermore, members should, to the extent possible, indicate in advance the amount of their contributions to be made in the form of gifts, and the grant element of any aid which is not in the form of gifts.

(9) If a member is unable to provide the amount specified in paragraph (4) of this Article in a particular year, the unfulfilled amount shall be added to its amount in the following year, unless the Committee decides otherwise owing to high transport costs.

(10) Members shall provide regular and timely reports to the Committee on the amount, content, channelling and terms of their contributions under this Convention.

mens begrenzte Mengen von Hülsenfrüchten liefern, sofern diese von annehmbarer Type und Qualität und für den menschlichen Verzehr geeignet sind. Der Ausschuß legt eine Verfahrensregel fest, um den Höchstprozentsatz des Weizen-Äquivalents bei den jährlichen Mindestbeiträgen der Mitglieder nach Absatz 4 festzusetzen, der in Form von Hülsenfrüchten geliefert werden kann.

(4) Der jährliche Mindestbeitrag der Mitglieder in Weizen-Äquivalent zur Erreichung des in Artikel I festgelegten Zieles ist vorbehaltlich des Absatzes 9 wie folgt:

Mitglied	Tonnen
Argentinien	35 000
Australien	300 000
Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten	1 755 000
Japan	300 000
Kanada	400 000
Norwegen	20 000
Schweiz	40 000
Vereinigte Staaten von Amerika	2 500 000

(5) Für die Anwendung dieses Übereinkommens gilt jedes Mitglied, das dem Übereinkommen nach Artikel XX Absatz 2 beigetreten ist, zusammen mit seinem nach Artikel XX festgesetzten Mindestbeitrag als in Absatz 4 des vorliegenden Artikels aufgeführt.

(6) Die Getreidebeiträge der Mitglieder werden fob als Terminlieferungen bereitgestellt. Jedoch werden die Geber ermutigt, gegebenenfalls die Kosten für die Beförderung ihrer Getreidebeiträge aufgrund dieses Übereinkommens über das fob-Stadium hinaus zu tragen, insbesondere in Notlagen oder bei Lieferungen an Länder der unteren Einkommensgruppe mit Nahrungsmittelmangel. Bei jeder Überprüfung der Leistungen der Mitglieder aufgrund des Übereinkommens wird die Zahlung solcher Kosten gebührend vermerkt.

(7) Die Geldbeiträge nach Artikel IV Buchstabe b

a) werden soweit wie möglich dazu verwendet, Getreide von Entwicklungsländern zu kaufen. Dabei wird den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedern des Getreidehandels- und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens Vorrang eingeräumt, in erster Linie den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedern des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens. Bei allen Geschäften aufgrund von Geldbeiträgen sind jedoch bei der Wahl der Lieferquelle die Qualität des Getreides, die c.i.f.-Preisvorteile der Wahl dieses besonderen Lieferanten, die Möglichkeiten einer raschen Lieferung an das Empfängerland sowie die besonderen Bedürfnisse des Empfängerlandes besonders zu berücksichtigen;

b) sind in der Regel nicht dazu bestimmt, Getreide zu kaufen, das von der gleichen Art ist wie das Getreide, welches das Lieferland in dem Jahr des Kaufs oder in einem früheren Jahr als bilaterale oder multilaterale Nahrungsmittelhilfe erhalten hat, wenn das damals erhaltene Getreide noch verwendet wird.

(8) Im weitestmöglichen Umfang werden die Beitragsleistungen der Mitglieder vorausgeplant, so daß die Empfängerländer voraussichtliche Nahrungsmittelhilfe, die sie während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens jährlich erhalten werden, in ihren Entwicklungsprogrammen berücksichtigen können. Ferner sollen die Mitglieder die Höhe ihrer in Form von Schenkungen vorgesehenen Beiträge und den als Zuschuß gewährten Bestandteil einer Hilfe, die nicht in Form einer Schenkung geleistet wird, soweit wie möglich anzeigen.

(9) Kann ein Mitglied die in Absatz 4 vorgesehene Menge in einem bestimmten Jahr nicht liefern, so erhöht sich die Menge dieses Mitglieds im folgenden Jahr um die nicht gelieferte Menge, sofern nicht der Ausschuß wegen hoher Beförderungskosten etwas anderes beschließt.

(10) Die Mitglieder erstatten dem Ausschuß regelmäßig und rechtzeitig Bericht über Höhe, Zusammensetzung, Verteilung und Bedingungen ihrer Beiträge im Rahmen dieses Übereinkommens.

Article IV**Terms of food aid contributions**

Food aid under this Convention may be supplied on any of the following terms:

- (a) gifts of grain;
- (b) gifts or grants of cash to be used to purchase grain for the recipient country;
- (c) sales of grain for the currency of the recipient country which is not transferable and is not convertible into currency or goods and services for use by the donor members¹⁾;
- (d) sales of grain on credit, with payment to be made in reasonable annual amounts over periods of 20 years or more and with interest at rates which are below commercial rates prevailing in world markets²⁾;

on the understanding that such aid shall be supplied to the maximum extent possible by way of gifts, especially in the case of least developed countries, low per capita income countries and other developing countries in serious economic difficulties.

Article V**Channelling of contributions**

(1) Members may, in respect of their contributions under this Convention, specify a recipient country or countries.

(2) Members may make their contributions bilaterally or through intergovernmental organizations and/or non-governmental organizations.

(3) Members shall give full consideration to the advantages of directing a greater proportion of food aid through multilateral channels, in particular the World Food Programme.

Article VI**Wheat equivalents**

(1) For the purposes of this Convention, all contributions under Article III shall be evaluated in terms of their wheat equivalent. The evaluation shall take account, where appropriate, of the grain content of grain products, and the commercial value of the contribution relative to wheat.

(2) Contributions of rice shall be evaluated in terms of wheat equivalent in accordance with the international export price relationship between rice and wheat. The Committee shall establish a Rule of Procedure for the annual determination of the wheat equivalent of rice.

(3) Contributions of cash under sub-paragraph (b) of Article IV shall be evaluated at prevailing international market prices of wheat. The Committee shall establish a Rule of Procedure for the annual determination of the "prevailing international market price".

(4) The Committee shall establish Rules of Procedure for the determination of the wheat equivalent of contributions made in forms other than wheat, rice or cash.

¹⁾ Under exceptional circumstances an exemption of not more than 10% may be granted. This limitation may be waived for transactions which are to be used for the expansion of economic development activity in the recipient country, provided that the currency of the recipient country is not transferable or convertible in less than 10 years.

²⁾ The credit sales agreement may provide for payment of up to 15% of principal upon delivery of the grain.

Artikel IV**Bedingungen der Nahrungsmittelhilfe-Beiträge**

Die Nahrungsmittelhilfe im Rahmen dieses Übereinkommens kann zu jeder der folgenden Bedingungen geleistet werden:

- a) Getreideschenkungen;
- b) Geldschenkungen oder -zuschüsse zum Kauf von Getreide für das Empfängerland;
- c) Getreideverkäufe gegen Zahlungsmittel des Empfängerlands, die nicht transferierbar und weder in Zahlungsmittel noch in Waren und Dienstleistungen zur Verwendung durch die Gemeinmitglieder konvertierbar oder austauschbar sind;¹⁾
- d) Getreideverkäufe gegen Kredit, wobei die Zahlung in zumutbaren Jahresbeträgen über Zeitspannen von 20 Jahren oder mehr zu Zinssätzen erfolgt, die unter den auf den Weltmärkten geltenden handelsüblichen Zinssätzen liegen;²⁾

dabei wird davon ausgegangen, daß diese Hilfe möglichst weitgehend in Form von Schenkungen geleistet wird, insbesondere bei den am wenigstens entwickelten Ländern, den Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und anderen Entwicklungsländern mit ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Artikel V**Verteilung der Beiträge**

(1) Die Mitglieder können für ihre Beiträge nach diesem Übereinkommen ein oder mehrere Empfängerländer bestimmen.

(2) Die Mitglieder können ihre Beiträge bilateral oder über internationale Organisationen und/oder nichtstaatliche Organisationen leisten.

(3) Die Mitglieder werden die Vorteile voll berücksichtigen, die mit der Lieferung eines größeren Anteils der Nahrungsmittelhilfe auf multilateralem Weg, insbesondere durch das Welternährungsprogramm, verbunden sind.

Artikel VI**Weizen-Äquivalente**

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens werden alle in Artikel III genannten Beiträge in Weizen-Äquivalente umgerechnet. Dabei werden gegebenenfalls der Getreidegehalt der Erzeugnisse und der Handelswert des Beitrags im Verhältnis zu Weizen berücksichtigt.

(2) Das Weizen-Äquivalent bei Beiträgen in Form von Reis wird anhand des Verhältnisses zwischen den internationalen Ausfuhrpreisen für Reis und für Weizen berechnet. Der Ausschuß legt eine Verfahrensregel für die jährliche Festsetzung des Weizen-Äquivalents von Reis fest.

(3) Geldbeiträge nach Artikel IV Buchstabe b werden nach den geltenden internationalen Marktpreisen für Weizen bewertet. Der Ausschuß legt eine Verfahrensregel für die jährliche Festsetzung des „geltenden internationalen Marktpreises“ fest.

(4) Der Ausschuß legt Verfahrensregeln für die Festsetzung des Weizen-Äquivalents bei Beiträgen fest, die in anderer Form als Weizen, Reis oder Geld geleistet werden.

¹⁾ Unter außergewöhnlichen Umständen können bis zu 10 v.H. erlassen werden. Von dieser Begrenzung kann abgesehen werden bei Geschäften, die zur Ausweitung der wirtschaftlichen Entwicklungstätigkeit in dem Empfängerland verwendet werden sollen, sofern die Zahlungsmittel des Empfängerlands nicht in weniger als 10 Jahren transferierbar oder konvertierbar sind.

²⁾ Das Abkommen über Verkäufe gegen Kredit kann vorsehen, daß bis zu 15 v.H. des Kapitals bei Lieferung des Getreides gezahlt werden.

Article VII**Impact on trade
and agricultural production, and conduct
of aid transactions**

(1) Members undertake to conduct all aid transactions under this Convention in such a way as to avoid harmful interference with normal patterns of production and international commercial trade.

(2) Members shall ensure in particular:

(a) that the provision of international food aid is not tied directly or indirectly to commercial exports of agricultural products to recipient countries;

(b) that international food aid transactions, including bilateral food aid which is monetised, shall be carried out in a manner consistent with the FAO "Principles of Surplus Disposal and Consultative Obligations" including, where appropriate, the system of Usual Marketing Requirements (UMRs).

(3) Members shall, as appropriate, act in accordance with the current guidelines and criteria for food aid, as approved by the governing body of the World Food Programme.

Article VIII**Special provision
for exceptional needs**

(1) The Committee shall keep the food situation in developing countries under regular review.

(2) If it appears that, because of a substantial food production shortfall, or other circumstances, a particular country, region or regions is faced with exceptional food needs, the Committee shall consider the matter. The Committee may recommend that members should respond to the situation by increasing the amount of food aid available.

Article IX**Food Aid Committee**

(1) The Food Aid Committee, established by the Food Aid Convention of the International Grains Arrangement, 1967, shall continue in being for the purpose of administering this Convention, with the powers and functions provided in this Convention.

(2) The membership of the Committee shall consist of all parties to this Convention.

(3) The Committee shall appoint a Chairman and a Vice-Chairman.

Article X**Powers and functions of the Committee**

(1) The Committee shall keep under review the way in which the obligations undertaken under this Convention have been fulfilled;

(2) The Committee shall exchange information on a regular basis on the functioning of the food aid arrangements under this Convention;

(3) The Committee may receive information from recipient countries and consult with them;

(4) The Committee shall issue reports as necessary;

(5) The Committee shall establish such Rules of Procedure as are necessary to carry out the provisions of this Convention;

Artikel VII**Auswirkung auf den Handel
und die Agrarerzeugung sowie Durchführung
von Nahrungsmittelhilfe-Geschäften**

(1) Die Mitglieder verpflichten sich, bei der Durchführung von Hilfgeschäften aufgrund dieses Übereinkommens darauf zu achten, daß schädigende Eingriffe in die normalen Strukturen der Erzeugung und des internationalen kommerziellen Handels vermieden werden.

(2) Die Mitglieder gewährleisten insbesondere,

a) daß die Lieferung der internationalen Nahrungsmittelhilfe nicht unmittelbar oder mittelbar an kommerzielle Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse an die Empfängerländer geknüpft wird;

b) daß die internationalen Nahrungsmittelhilfe-Geschäfte einschließlich der bilateralen Nahrungsmittelhilfe in Form von Geld im Einklang mit den „Grundsätzen für die Verwendung von Überschüssen und Konsultativverpflichtungen“ der FAO durchgeführt werden, gegebenenfalls einschließlich des Systems der „Bedingung des üblichen Marktverhaltens“.

(3) Die Mitglieder handeln gegebenenfalls im Einklang mit den vom Leitungsorgan des Welternährungsprogramms gebilligten geltenden Richtlinien und Kriterien für Nahrungsmittelhilfe.

Artikel VIII**Sonderbestimmung für den Bedarf
in außergewöhnlichen Fällen**

(1) Der Ausschuß überprüft regelmäßig die Ernährungslage in den Entwicklungsländern.

(2) Stellt sich heraus, daß in einem bestimmten Land, einer bestimmten Region oder bestimmten Regionen wegen eines beträchtlichen Produktionsdefizits bei Nahrungsmitteln oder aus anderen Gründen ein außergewöhnlicher Nahrungsmittelbedarf besteht, so prüft der Ausschuß die Lage. Der Ausschuß kann empfehlen, daß die Mitglieder auf die Situation reagieren, indem sie die verfügbare Nahrungsmittelhilfe erhöhen.

Artikel IX**Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß**

(1) Der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß, der durch das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen der Internationalen Getreide-Übereinkunft von 1967 eingesetzt wurde, bleibt zum Zweck der Handhabung des vorliegenden Übereinkommens mit den in demselben vorgesehenen Befugnissen und Aufgaben bestehen.

(2) Dem Ausschuß gehören alle Vertragsparteien dieses Übereinkommens an.

(3) Der Ausschuß bestimmt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel X**Befugnisse und Aufgaben des Ausschusses**

(1) Der Ausschuß überprüft laufend, wie die im Rahmen dieses Übereinkommens eingegangenen Verpflichtungen erfüllt worden sind.

(2) Der Ausschuß tauscht regelmäßig Auskünfte aus über die Wirkungsweise der aufgrund dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Nahrungsmittelhilfe.

(3) Der Ausschuß kann Auskünfte von den Empfängerländern entgegennehmen und mit ihnen Konsultationen führen.

(4) Der Ausschuß gibt erforderlichenfalls Berichte heraus.

(5) Der Ausschuß legt die Verfahrensregeln fest, die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendig sind.

(6) In addition to the powers and functions specified in this Article, the Committee shall have such other powers and perform such other functions as are necessary to carry out the provisions of this Convention.

Article XI

Seat, sessions and quorum

- (1) The seat of the Committee shall be in London.
- (2) The Committee shall meet at least twice a year in conjunction with the statutory sessions of the International Grains Council. The Committee shall meet also at such other times as the Chairman shall decide; or at the request of three members; or as otherwise required by this Convention.

(3) The presence of delegates representing two thirds of the membership of the Committee shall be necessary to constitute a quorum at any session of the Committee.

Article XII

Decisions

The decisions of the Committee shall be reached by consensus.

Article XIII

Admission of observers

The Committee may, when appropriate, invite any non member state and representatives from other international organizations to attend its open meetings as observers.

Article XIV

Administrative provisions

The Committee shall use the services of the Secretariat for the performance of such administrative duties as the Committee may request, including the processing and distribution of documentation and reports.

Article XV

Defaults and disputes

In the case of a dispute concerning the interpretation or application of this Convention, or of a default in obligations under this Convention, the Committee shall meet and take appropriate action.

Part III – Final Provisions

Article XVI

Depositary

The Secretary-General of the United Nations is hereby designated as the depositary of this Convention.

Article XVII

Signature

This Convention shall be open for signature at United Nations headquarters from 1 May 1995 until and including 30 June 1995 by the Governments referred to in paragraph (4) of Article III.

Article XVIII

Ratification, acceptance or approval

This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval by each signatory Government in accordance with its constitutional procedures. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the depositary not later than

(6) Außer den in diesem Artikel genannten Befugnissen und Aufgaben hat der Ausschuß die Befugnisse und nimmt die Aufgaben wahr, die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendig sind.

Artikel XI

Sitz, Tagungen und Beschlußfähigkeit

- (1) Der Sitz des Ausschusses ist London.
- (2) Der Ausschuß tritt mindestens zweimal jährlich in Verbindung mit den satzungsgemäßen Tagungen des Internationalen Getreiderats zusammen. Der Ausschuß tritt außerdem zu jedem anderen vom Vorsitzenden bestimmten Zeitpunkt oder auf Antrag von drei Mitgliedern oder wenn es sonst aufgrund dieses Übereinkommens erforderlich ist, zusammen.

(3) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn bei einer Tagung Delegierte anwesend sind, die zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses vertreten.

Artikel XII

Beschlüsse

Die Beschlüsse des Ausschusses werden durch Konsens gefaßt.

Artikel XIII

Zulassung von Beobachtern

Der Ausschuß kann gegebenenfalls Nichtmitgliedstaaten und Vertreter anderer internationaler Organisationen einladen, als Beobachter an seinen öffentlichen Sitzungen teilzunehmen.

Artikel XIV

Verwaltungsbestimmungen

Der Ausschuß bedient sich des Sekretariats für die Erledigung aller Verwaltungsaufgaben, die er verlangt, einschließlich der Erarbeitung und Verteilung von Unterlagen und Berichten.

Artikel XV

Versäumnisse und Streitigkeiten

Im Fall von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder von Versäumnissen gegenüber den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen tritt der Ausschuß zusammen und trifft geeignete Maßnahmen.

Teil III – Schlußbestimmungen

Artikel XVI

Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird hiermit zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

Artikel XVII

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt vom 1. Mai 1995 bis zum 30. Juni 1995 am Sitz der Vereinten Nationen für die in Artikel III Absatz 4 bezeichneten Regierungen zur Unterzeichnung auf.

Artikel XVIII

Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch jede Unterzeichnerregierung nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bis zum 30. Juni

30 June 1995, except that the Committee may grant one or more extensions of time to any signatory Government that has not deposited its instrument of ratification, acceptance or approval by that date.

Article XIX

Provisional application

Any signatory Government may deposit with the depositary a declaration of provisional application of this Convention. Any such Government shall provisionally apply this Convention in accordance with its laws and regulations and be provisionally regarded as a party thereto.

Article XX

Accession

(1) This Convention shall be open for accession by any Government referred to in paragraph (4) of Article III that has not signed this Convention. Instruments of accession shall be deposited with the depositary not later than 30 June 1995, except that the Committee may grant one or more extensions of time to any Government that has not deposited its instrument of accession by that date.

(2) Once this Convention has entered into force in accordance with Article XXI, it shall be open for accession by any Government other than those referred to in paragraph (4) of Article III, upon such conditions as the Committee considers appropriate. Instruments of accession shall be deposited with the depositary.

(3) Any Government acceding to this Convention under paragraph (1) of this Article, or whose accession has been agreed by the Committee under paragraph (2) of this Article, may deposit with the depositary a declaration of provisional application of this Convention pending the deposit of its instrument of accession. Any such Government shall provisionally apply this Convention in accordance with its laws and regulations and be provisionally regarded as a party thereto.

Article XXI

Entry into force

(1) This Convention shall enter into force on 1 July 1995 if by 30 June 1995 the Governments, whose combined minimum contributions, as listed in paragraph (4) of Article III, equal at least 75% of the total contributions of all governments listed in that paragraph, have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application, and provided that the Grains Trade Convention, 1995 is in force.

(2) If this Convention does not enter into force in accordance with paragraph (1) of this Article, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application, may decide by unanimous consent that it shall enter into force among themselves provided that the Grains Trade Convention, 1995 is in force.

Article XXII

Duration, extension and termination

(1) This Convention shall remain in force until and including 30 June 1998, unless extended under paragraph (2) of this Article or terminated earlier under paragraph (4) of this Article, provided that the Grains Trade Convention, 1995, or a new Grains Trade Convention replacing it, remains in force until and including that date.

(2) The Committee may extend the Convention beyond 30 June 1998 for successive periods not exceeding two years on each occasion, provided always that the Grains Trade Convention,

1995 beim Verwahrer hinterlegt; jedoch kann der Ausschuß einer Unterzeichnerregierung, die ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

Artikel XIX

Vorläufige Anwendung

Jede Unterzeichnerregierung kann beim Verwahrer eine Erklärung über die vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens hinterlegen. Diese Regierung wendet das Übereinkommen nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel XX

Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für jede in Artikel III Absatz 4 bezeichnete Regierung, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet hat, zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden werden bis zum 30. Juni 1995 beim Verwahrer hinterlegt; jedoch kann der Ausschuß einer Regierung, die ihre Beitrittsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

(2) Sobald dieses Übereinkommen nach Artikel XXI in Kraft getreten ist, liegt es für jede andere Regierung als die in Artikel III Absatz 4 bezeichneten Regierungen zu Bedingungen zum Beitritt auf, die der Ausschuß für angemessen hält. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(3) Jede Regierung, die diesem Übereinkommen nach Absatz 1 beitrifft oder deren Beitritt der Ausschuß nach Absatz 2 zugestimmt hat, kann beim Verwahrer eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens bis zur Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde hinterlegen. Diese Regierung wendet das Übereinkommen nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel XXI

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am 1. Juli 1995 in Kraft, wenn die Regierungen, deren in Artikel III Absatz 4 aufgeführte Mindestbeiträge insgesamt mindestens 75 v. H. der Gesamtbeiträge aller in dem genannten Absatz aufgeführten Regierungen entsprechen, bis zum 30. Juni 1995 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben und sofern das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 in Kraft ist.

(2) Tritt dieses Übereinkommen nicht nach Absatz 1 in Kraft, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, einstimmig beschließen, daß es zwischen ihnen in Kraft treten soll, sofern das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 in Kraft ist.

Artikel XXII

Geltungsdauer, Verlängerung und Außerkraftsetzung

(1) Dieses Übereinkommen bleibt bis zum 30. Juni 1998 in Kraft, sofern es nicht nach Absatz 2 verlängert oder nach Absatz 4 früher außer Kraft gesetzt wird, vorausgesetzt, daß das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 oder ein neues Getreidehandels-Übereinkommen, das an dessen Stelle tritt, bis zu diesem Zeitpunkt in Kraft bleibt.

(2) Der Ausschuß kann dieses Übereinkommen über den 30. Juni 1998 hinaus um Zeitabschnitte von jeweils höchstens zwei Jahren verlängern, vorausgesetzt, daß das Getreidehandels-

1995, or a new Grains Trade Convention replacing it, remains in force during the period of the extension.

(3) If the Convention is extended under paragraph (2) of this Article, the annual contributions of members under paragraph (4) of Article III may be subject to review by members before the entry into force of each extension. Their respective obligations, as reviewed, shall remain unchanged for the duration of each extension.

(4) In the event of this Convention being terminated, the Committee shall continue in being for such time as may be required to carry out its liquidation, and shall have such powers, and exercise such functions, as may be necessary for that purpose.

Article XXIII

Withdrawal and rejoining

(1) Any member may withdraw from this Convention at the end of any year by giving written notice of withdrawal to the depositary at least ninety days prior to the end of that year, but shall not thereby be released from any obligations incurred under this Convention which have not been discharged by the end of that year. The member shall simultaneously inform the Committee of the action it has taken.

(2) Any member which withdraws from this Convention may thereafter rejoin by giving notice to the Committee. It shall be a condition of rejoining the Convention that the member shall be responsible for fulfilling its full annual obligations with effect from the year in which it rejoins.

Article XXIV

Relationship of this Convention to the International Grains Agreement, 1995

This Convention shall replace the Food Aid Convention, 1986, as extended, and shall be one of the constituent instruments of the International Grains Agreement, 1995.

Article XXV

Notification by depositary

The Secretary-General of the United Nations as depositary shall notify all signatory and acceding Governments of each signature, ratification, acceptance, approval, provisional application of, and accession to, this Convention.

Article XXVI

Authentic texts

The texts of this Convention in the English, French, Russian and Spanish languages shall all be equally authentic.

Übereinkommen von 1995 oder ein neues Getreidehandels-Übereinkommen, das an dessen Stelle tritt, während der Verlängerungsfrist in Kraft bleibt.

(3) Wird dieses Übereinkommen nach Absatz 2 verlängert, so können die Jahresbeiträge der Mitglieder nach Artikel III Absatz 4 einer Überprüfung durch die Mitglieder unterzogen werden, bevor jede Verlängerung in Kraft tritt. Ihre jeweiligen Verpflichtungen aufgrund der Überprüfung bleiben während der Dauer jeder Verlängerung unverändert.

(4) Bei Außerkrafttreten dieses Übereinkommens bleibt der Ausschuß so lange weiter bestehen, wie es zu seiner Auflösung notwendig ist; er hat alle Befugnisse und nimmt alle Aufgaben wahr, die für diesen Zweck erforderlich sind.

Artikel XXIII

Rücktritt und Wiederzulassung

(1) Ein Mitglied kann am Ende jedes Jahres durch eine mindestens neunzig Tage vor Ablauf dieses Jahres an den Verwahrer gerichtete schriftliche Rücktrittsanzeige von diesem Übereinkommen zurücktreten, es wird dadurch nicht von den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen befreit, die bis zum Ende des betreffenden Jahres noch nicht erfüllt sind. Das Mitglied unterrichtet den Ausschuß gleichzeitig vor der von ihm getroffenen Maßnahme.

(2) Ein Mitglied, das von diesem Übereinkommen zurücktritt, kann später durch eine Anzeige an den Ausschuß wieder Vertragspartei werden. Voraussetzung dafür ist, daß das Mitglied sich verpflichtet, seine vollen jährlichen Verpflichtungen mit Wirkung von dem Jahr, in dem es wieder Vertragspartei wird, zu erfüllen.

Artikel XXIV

Verhältnis dieses Übereinkommens zu der Internationalen Getreide-Übereinkunft von 1995

Dieses Übereinkommen tritt an die Stelle des verlängerten Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1986 und ist eine der Urkunden, welche die Internationale Getreide-Übereinkunft von 1995 bilden.

Artikel XXV

Notifikation des Verwahrers

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerregierungen und beitretenden Regierungen jede Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens und jeden Beitritt zu demselben.

Artikel XXVI

Verbindliche Wortlaute

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich.

03.11.95**Beschluß**
des Bundesrates

Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an
den Internationalen Getreiderat

Der Bundesrat hat in seiner 690. Sitzung am 3. November 1995 beschlossen, der
Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.